H. W. L. JAN

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 24 • 7. Jahrgang — Berlin, 15. Dezember 1926.

Weihnachtsklänge.

Die Welt wartet der Weihnachtsbotschaft, wartet der Botschaft der Engel, daß Frieden auf Erden sei. In die Herzen der Menschheit senkt sich erneut der Glaube, „daß Jesus Christus kommen ist in die Welt, die Sünder selig zu machen". Immer wieder erfüllt die alte Mär von der Geburt Christi, von der Verheißung der Engel mit der himmlischen Friedensbotschaft die Herzen der Menschen. Es ist etwas Wunderbares um den Christenglauben, wie er sich um die Geburt des Heilandes der Welt rankt, wie er sich an die Engelsbotschaft vom „Frieden auf Erden" hängt, an die Botschaft, die umflossen ist von dem Glanz des Sterns von Bethlehem, überstrahlt von dem Licht der Weihnachtskerzen, umweht von dem Duft des Tannenbaumes im weihnachtlichen Schmuck.

Es ist etwas Wunderbares um das Weihnachtsfest, das den Menschen Frieden auf Erden und ein Wohlgefallen kündet. Den Menschen allen, nicht einem auserwählten Volk, sondern allen Menschen, ob Christen oder Juden, Gerechten oder Ungerechten. Es ist das große Versöhnungsfest zwischen Gott- und Menschheit. Die Schuld soll ausgetilgt sein, wenn wir glauben, daß nicht die Menschheit in ihrem Wahm die Welt gestaltet, sondern daß ein Lenker der Geschicke über uns schwebt, der auch unser Leben leitet. Die menschliche Seele soll eine Hoffnung haben, eine Hoffnung und ein Ziel. Die menschliche Schuld drückt den Einzelnen wie die Gesamtheit nach unten, wenn die Menschen keine Hoffnung haben, daß diese Schuld getilgt werden kann. Unter den schuldbeladenen, niedergedrückten Menschen kann es keinen Frieden, keine Freude, kein Aufwärts geben, wenn sie keine Hoffnung haben dürften: der Mißmut erwacht, der Neid, der Zorn, die Lüge. Es herrscht Unfriede, Uneinigkeit, Kampf.

In dieses Tal menschlicher Schwäche und menschlicher Schuld dringt plötzlich das Frohlocken, die Verheißung:

> Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Denn euch ist heute der Heiland geboren, um alle eure Schuld auf sich zu nehmen.

So die Weihnachtsgeschichte, der Weihnachtsglauben, die Weihnachtsbotschaft. Es gehört ein Christenglauben dazu, um die gewaltige Größe der Botschaft göttlicher Liebe zu erfassen, zu begreifen. Mit unserem rein menschlichen Verstand werden wir den ethischen Inhalt des Evangeliums der Liebe nicht verstehen, werden es um so weniger, als unsere heutige Zeit ganz auf Materialismus, auf Macht und Gewalt eingestellt ist. Man hört zwar gern die Botschaft vom „Frieden auf Erden", folgt aber in Wirklichkeit der Parole vom Kampf Aller gegen alle. Es sieht also im allgemeinen wenig weihnachtlich auf Erden aus, wenig weihnachtlich und wenig friedlich.

Nehmen wir gar die Verhältnisse, wie sie sich in der sogenannten hohen Politik entwickelt haben, dann kann man von dem göttlich verheißenen Frieden auf Erden wahrlich nichts verspüren. Man hat den Frieden zwar viel im Munde geführt, hat ihn sogar in Verbindung mit sogenannten Verträgen gebracht, aber weniger denn je ist der Frieden auf Erden zu finden. Was sie Frieden nennen, ist in Wirklichkeit schamloser, grausamer Krieg; Krieg gegen die Wehr- und Waffenlosen, Krieg gegen die Wahrheit und Gerechtigkeit, Krieg vor allem gegen menschliche Kultur und Zivilisation; Krieg gegen göttliches Recht, gegen christliche Gesittung und Gesinnung.

Sehen wir um uns: Herrscht Frieden am Rhein, an der Saar, in Danzig und Polen, im Memelgebiet, in Ost-Oberschlesien, in der Tschechoslowakei, in Südtirol, in Elsaß-Lothringen? Allüberall sehen wir Krieg gegen das Deutschtum, gegen deutsche Kultur, gegen deutsches Volk. Nirgends dort vernahm man seit Beendigung des Krieges je ein Wort des Friedens, auch nur ein Wort des Friedenswillens.

Und dennoch; ganz leise wagt sich in einigen Staaten, die den Gewaltfrieden diktierten, die Erkenntnis hervor, daß so der Frieden nicht zustande kommen kann, der dauernd, die Menschheit erlösend sein soll. Ganz leise wagt man, nach einem wirklichen Frieden zu rufen, nach einem Frieden, der Versöhnung voraussetzt. Daß es gerade Deutschland war, das nicht nur den Frieden rief, sondern ihm auch den Weg nach Europa ebnete, das hat soeben das Nobel-Preis-Institut bekundet, indem es dem deutschen Reichsaußenminister den Friedens-Nobelpreis verlieh.

Noch ist der Frieden nicht da — fremde Besatzung und Mißachtung geschlossener Verträge und menschlicher Gesetze sind nicht Kennzeichen des Friedens —, noch ist nicht einmal die Botschaft verkündet, das es Frieden werde. Aber ein allgemeines Friedensehnen hat die Menschheit ergriffen und die Gewißheit, daß ein Fortbestehen der jetzigen, friedenhemmenden Verhältnisse nur tiefer in den Abgrund führen, daß es dem Verderben entgegentreiben muß.

Daher das leise Klopfen an der Tür des Friedens, das Warten auf die Botschaft vom Frieden auf Erden.

In Locarno hat man sich erstmalig auf neutralem Boden getroffen, um zunächst einmal zu versuchen, sich zu verständigen darüber, was unter Frieden zu verstehen sei. Man hat geglaubt, dem Frieden näherzukommen, wenn man eine sogenannte neue Sicherheitsgarantie schuf, zu der sich eine starke Mächtegruppe einem schwachen, entwaffneten, von starken Militärstaaten umstellten Einzelstaat gegenüber zusammenfand. Leider hat diese angebliche Friedensgarantie den Frieden nicht gebracht, hat ihn nicht gebracht, weil man auf der andern Seite den wirklichen Frieden nicht ehrlich wollte. Locarno war daher zunächst nur ein Papierfrieden, dem der Geist des Friedens, das Vertrauen, wohl auch das Wollen fehlte.

So kam denn Genf und Thoiry. Hier pochte wohl der Frieden erstmals ernsthaft an die Herzen der einstigen Kriegsgegner, hier wurden zum ersten Male Gedanken laut, daß die Menschheit nur gesunden, die Völker nur sich entwickeln können, wenn der unselige Geist des Krieges, der Gewalt, des Diktats verschwindet und durch den Geist der Versöhnung, des Friedens ersetzt wird.

Es ist ein langer, ein beschwerlicher Weg, den der Frieden zu gehen hat, ehe er wirklich den Eingang zu Europa findet. Immer wieder stellen sich ihm Widerwärtigkeiten entgegen, Widerwärtigkeiten und selbst Feindschaft.

In Genf hat man sich Anfang Dezember abermals zusammengefunden, um über den Frieden Europas zu beraten. Wären wirklich alle Herzen der an diesen Beratungen Beteiligten von der Weihnachtsbotschaft erfüllt, dann hätte es tatsächlich nicht schwerfallen können, dem Frieden in Europa eine dauernde Stätte zu bereiten. Wenn es noch nicht dazu gekommen ist, wenn dem Frieden die Bahn noch nicht völlig freigemacht wurde, dann lag das daran, daß immer wieder von Paris aus der Geist von Versailles in diese Genfer Verhandlungen hineingedrängt wurde, dieser Geist, der der Feind des Friedens ist. Man ist sich deshalb auch in Genf über die sogenannten Restpunkte in der Entwaffnungsfrage nicht einig geworden, so daß man nicht wagte, eine Tatsache, eine Wahrheit festzustellen, nämlich die, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen restlos nachgekommen ist. Der Frieden ist also noch nicht auf Erden, wenn man heute auch geneigter ist, als noch vor einem, als noch vor zwei Jahren, ihn aufzunehmen. Noch nicht allerdings als freien Gesellen, mehr noch als Fremdling, dem man Bedingungen stellt, wenn er sich in Europa bewegen will Aber immerhin, es ist ein Anfang, von dem man erhoffen kann, daß man es nicht bei diesem Anfang beläßt. Es ist ein Fortschritt, ein gewaltiger Fortschritt, wenn man nur drei oder vier Jahre weiter zurückdenkt.

Im Saargebiet hatte man diesmal vom Völkerbund eine wirkliche Weihnachtsbotschaft erwartet. Man hatte gehofft, daß unter den völlig veränderten politischen Verhältnissen der Völkerbund diesmal beschließen würde, daß nun endlich nach langer, schwerer Zeit die Wahrzeichen des Krieges, die Symbole der Feindschaft und die Verfechter eines Gewaltsystems, nämlich die französische Besatzung, aus dem Saargebiet herausgezogen würden. Das hätte für das Saargebiet tatsächlich eine verheißungsvolle Botschaft vom kommenden Frieden auf Erden bedeutet. Der Völkerbund hat sich aber nicht zu dieser Entscheidung entschließen können, nachdem Frankreich wiederum für die Herstellung eines vertraglichen Zustandes besondere Bedingungen zur Aufrechterhaltung seiner vertragswidrigen Vorherrschaft im Saargebiet verlangt hat. Da man sich im Völkerbund über die Bedeutung des Friedens, über die Forderungen des Rechts und über die Heiligkeit der Verträge nicht einig werden konnte, so hat man das getan, was man bisher in Genf in solchen Fällen immer tat, man hat die Angelegenheit wieder einmal verschoben. Die Regierungskommission ist aufgefordert worden, einen neuen Vorschlag auszuarbeiten, mit dem man sich dann vielleicht auf der Märztagung des Völkerbundrates beschäftigen will.

Die Saargebietsbevölkerung ist also damit abermals um eine Enttäuschung reicher, um eine Hoffnung ärmer. Wenn daher in diesen Tagen die Weihnachtsglocken durch die deutschen Lande klingen, dann künden sie wie in den letzten Jahren zwar die Engelsbotschaft vom Frieden auf Erden, sie künden aber nicht den Frieden, der die Menschen wieder freier und froher aufatmen läßt. Aber immerhin wird ihr Klingen diesmal ein anderes sein als in den letzten Jahren, ein hoffnungsfreudigeres, da, wenn der Frieden wirklich über Locarno und Genf nach Europa kommen sollte, er auch seinen Weg in das Saargebiet finden muß.

Es sind also doch Weihnachtsklänge, die durch das Saargebiet schallen, Weihnachtsklänge, die uns die kommende Botschaft vom Frieden ahnen lassen. In deutschen Landen wird man daher in diesem Jahre das Weihnachtsfest mit ganz anderem Empfinden feiern, da durch die letzten Verhandlungen in Genf die Hoffnung in uns geweckt worden ist, daß sich zwei Mächte, die sich einst als Erbfeinde gegenüberstanden, anschicken, einander die Hände zu reichen, um Frieden zu schließen zum Besten ihrer Völker, zur Aufrichtung des Friedens in Europa. Das sind Hoffnungen, die uns froher stimmen dürfen, Hoffnungen, die uns stark machen sollen, den Wiederaufbau Europas, den Wiederaufbau Deutschlands, den Wiederaufbau unseres Selbstvertrauens mit aller Kraft zu betreiben. Im Saargebiet wird man dem Klange der Weihnachtsglocken mit der festen Hoffnung im Herzen lauschen, daß das zeitliche Getrenntsein vom übrigen deutschen Vaterland trotz allem bald ein Ende nehmen muß. Wenn im Saargebiet das Weihnachtsfest eingeläutet wird, wenn die Weihnachtsglocken die deutschen Menschen an der Saar in die Kirchen rufen, um die Engelsbotschaft vom Frieden auf Erden entgegenzunehmen, dann werden sich in diese weihnachtliche Stimmung Gedanken mischen, daß auch für die Saarpolitik bald die Weihnachtsglocken erklingen werden, um zu verkünden die Botschaft der Engel: Friede auf Erden, Friede für Deutschland, Friede auch für das Saargebiet.

Lauschen wir so dem tieferen Sinn der Weihnachtsklänge!

Die abermalige Vertagung der Saartruppenfrage in Genf.

Die soeben abgeschlossene Dezembertagung des Völkerbundrates sollte sich tagesordnungsgemäß wiederum einmal mit der Frage der Saarbesatzung beschäftigen. Es ist wohl kaum noch festzustellen, wie oft diese Frage auf der Tagesordnung des Völkerbundrates stand und wie oft sie unerledigt abgesetzt wurde. An dieser Stelle ist so oft auf die Bestimmungen des Saarstatuts verwiesen worden, das in seinem § 30 bestimmt, daß „im Saarbecken keinerlei Heeresdienst, weder pflichtmäßiger noch freiwilliger geleistet werden darf und daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung nur eine örtliche Gendarmerie eingerichtet werden soll", daß es sich erübrigen dürfte, hier nochmals erneut darauf näher einzugehen. Auch der raffiniertest ausgeklügelte Juristentrick ist nicht in der Lage, aus den angegebenen klaren Bestimmungen herauszutüfteln, daß etwa eine fremdländische Besatzung nicht unter diesen Paragraphen fiele. Jedenfalls hatte man bisher jede juristische Spitzfindigkeit beiseite gelassen, und die Beibehaltung einer französischen Besatzung lediglich damit zu erklären versucht, daß bisher die Aufstellung der geforderten örtlichen Gendarmerie in hinreichender Höhe nicht möglich war und somit die Sicherheit für die französischen Saargruben nicht gewährleistet werden konnte.

Nachdem alle bisherigen vorgeschobenen Gründe durch die Entwicklung der Verhältnisse hinfällig geworden waren, ist französischerseits ein neuer Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt worden, der nämlich, daß die Sicherheit der Besatzungstruppen am Rhein es erforderten, die Saarbahnen als strategische Bahnlinien für die französische Rheinarmee sicherzustellen. Unerklärlicherweise hat sich der Völkerbund dieser französischen These angeschlossen und die Saarregierung beauftragt, einen Vorschlag auszuarbeiten, der den fran-

zösischen Erwägungen Rechnung trägt. Es ist bekannt, daß man sich innerhalb der Saarregierung nicht auf einen einheitlichen Vorschlag einigen konnte, da die Vertreter der französischen Interessen in der Saarregierung, der Franzose Morize, der Belgier Lambert und der Tscheche Vezenski für die Beibehaltung von zwei Bataillonen französischer Truppen als Bahnschutz eintreten, während der kanadisch-englische Präsident Stephens die bedingte Zurückziehung, das saarländische Mitglied Koßmann die bedingungslose Zurückziehung der Truppen verlangten.

Es mußte überraschen, daß plötzlich in Genf in den Vorberatungen für die Saarfrage der Gedanke auftauchte, unter jeglicher Außerachtlassung der Vorschläge der Saarregierung den von Frankreich geforderten Bahnschutz durch ein Schutzkorps ausüben zu lassen, der keinerlei militärischen Charakter tragen und aus Zivilpersonen bestehen solle, die von der Saarregierung ausgewählt werden und ihr ausschließlich unterstehen sollen. Der hierzu von den juristischen Sachverständigen ausgearbeitete Vorschlagsentwurf ist aber so allgemein gehalten, daß es die aus dem Saargebiet in Genf erschienenen Saardelegationen für richtig hielten, dem deutschen Juristen Dr. Gaus nahezulegen, in das Abkommen für den Bahnschutz des Saargebiets folgende drei Bedingungen aufzunehmen:

1. Die Stärke des Bahnschutzes soll 200 Mann nicht übersteigen.
2. Dem Korps muß jeder militärische Charakter genommen sein und er muß kaserniert werden, um zu verhindern, daß mit Hilfe dieses landfremden Elements politische Propaganda im Saargebiet getrieben wird.
3. Die Einführung des Zivilkorps darf nicht zur Schaffung eines Präzedenzfalles dienen, der etwa später zur Regelung ähnlicher Fragen herangezogen werden kann.

Ferner wurde verlangt, daß die zurzeit noch von der französischen Besatzung im Saargebiet beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen restlos der Benutzung durch die saarländische Bevölkerung zugeführt werden und andere.

Es spricht nicht gerade für eine aufrichtige Politik, wenn von französischer Seite die Einwendungen der saardeutschen Vertreter abgelehnt wurden. Die in Genf anwesenden juristischen Sachverständigen Deutschlands, Frankreichs und Englands haben sich dann zwar noch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigt, ohne daß es gelungen wäre, zu einer Einigung zu kommen.

Es ist dabei bezeichnend, daß von französischer Seite versucht worden ist, den juristischen Sachverständigen Deutschlands, Dr. Gaus, davon zu überzeugen, daß eine Beibehaltung von Truppen im Saargebiet zum Schutze der Saarbahnen durchaus vertragsmäßig sei, indem man sich auf den Artikel 428 des Versailler Vertrages berief. Hierbei handelt es sich aber nur um eine Falle, da dieser Artikel selbstverständlich auf das Saargebiet keine Anwendung finden kann. Der Versailler Vertrag unterscheidet scharf zwischen „Linkes Rheinufer" (Abschnitt III der „Politischen Bestimmungen über Europa"), und „Saarbecken", das im Abschnitt IV behandelt ist. Artikel 428 bezieht sich lediglich auf die in Abschnitt III der politischen Bestimmungen in Europa festgelegte Abgrenzung der besetzten Gebiete. Das ergibt sich ferner ganz zweifellos aus dem Rheinlandabkommen, das in Artikel 1 den „Umfang des besetzten Gebietes" unter Hinweis auf Artikel 424 ff. nochmals ausdrücklich feststellt. Das Saarbecken, wie auch die neutrale Zone gehören nicht zum besetzten Gebiet. Bisher hat Frankreich diese Auffassung auch selbst rückhaltlos vertreten, indem es u. a., um Angriffen wegen der Beibehaltung einer französischen Besatzungsarmee im Saargebiet aus dem Wege zu gehen, den französischen Saartruppen die Bezeichnung „Garnisontruppen" gegeben hat, die nicht dem Kommando der französischen Rheinarmee, sondern direkt dem französischen Kriegsminister unterstellt sind.

Ein weiterer Beweis dafür ist die Tatsache, daß die Rheinlandkommission, die nach Artikel 2 des Rheinlandabkommens „in den besetzten Gebieten die oberste Vertretung der alliierten und assoziierten Mächte" ist, im Saargebiet keine Befugnisse hat. Im übrigen ergibt sich die besondere Stellung des Saargebiets aus den Artikeln 46 und 49 des Versailler Vertrages, die das Gebiet an der Saar als „dem Völkerbund unterstellt" bezeichnet.

Daß der Vorschlag, die französischen Saartruppen durch ein ziviles Bahnschutzkorps zu ersetzen, für die deutsche Regierung eben so unannehmbar war wie für die Saargebietsbevölkerung, versteht sich von selbst, wenn man berücksichtigt, daß der betr. Vorschlag nur allgemein gehalten war und nähere Bestimmungen über Charakter, Befugnis, Rechtsstellung usw. nicht gegeben wurden. Wie man erfuhr, war in diesem Vorschlag unter anderem gesagt, daß dieser „internationalen zivilen Truppe" keine Deutschen angehören sollen. Die Truppe soll im Saargebiet selbst untergebracht werden, und zwar in Privatwohnungen, so daß sich die Wohnungsnot an der Saar wesentlich verschärfen mußte. Die Frage ist nicht geklärt, wer für die Unterhaltung dieser Truppe aufkommen soll. Der Vorschlag, daß sie der Saarregierung unmittelbar unterstehen solle, läßt die Mutmaßung zu, daß man dem Saargebiet nicht nur die Wohnungslasten, sondern auch die Unterhaltungs- und Besoldungskosten aufzubürden versucht. Wie man weiter hört, verlangt Frankreich, daß diese Bahnschutztruppe mindestens die Kopfstärke von zwei Bataillonen haben soll, d. h., von mindestens 1200 bis 1500 Mann. Man erkennt daraus deutlich die Tendenz, die sich in der Politik Raults zeigte, als er dem Völkerbund gegenüber die Auffassung vertrat, daß nur ein Gendarmeriekorps in Stärke von 3000 Mann die Gewähr für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung an der Saar verbürge. Rault hat dabei jedoch zum Ausdruck gebracht, daß eine zuverlässige örtliche Gendarmerietruppe in dieser Höhe im Saargebiet nicht aufgebracht werden könne, so daß die französische Besatzung nicht restlos zurückgezogen werden könne. Offenbar versucht Frankreich auf dem Umwege über das sogenannte internationale zivile Bahnschutzkorps diese Schutztruppe von insgesamt 3000 Mann doch noch zu erreichen, wobei es scheinbar den Plan verfolgt, daß dieses sogenannte Bahnschutzkorps an Kopfzahl nicht schwächer ist als das örtliche Gendarmeriekorps.

Wenn man diese Gesichtspunkte berücksichtigt, dann wird man verstehen können, daß die deutsche Delegation in Genf kein Interesse daran hatte, sich auf eine nicht genügend geklärte, mit Fallstricken versehene Angelegenheit einzulassen. Sie hat aus diesem Grunde im Einverständnis mit den Saardelegationen Vertagung der Angelegenheit zugestimmt, und sich dem Bericht des italienischen Vertreters an den Völkerbund angeschlossen, in welchem es unter anderem heißt:

„Unterm 18. März 1926 nahm der Rat von verschiedenen Auskünften der französischen Regierung hinsichtlich der Tatsache, daß der Abzug des Restes der im Saargebiet stationierten Truppen stufenweise weiter geführt wird, Kenntnis. Ich habe die Ehre, vorzuschlagen, daß der Rat unter Bezugnahme auf seine vorhergegangene Entschließung die Regierungskommission ersucht, die Frage der Freiheit der Transporte und des Transits auf den saarländischen Bahnen einer erneuten Prüfung zu unterziehen, um den Weg, der zu diesem Ziele führt, festzulegen. Es ist zu hoffen, daß der Rat gelegentlich seiner nächsten Zusammenkunft auf diese Weise Vorschläge vorfinden wird, die es ihm ermöglichen, in dieser Frage zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen."

In diesem Bericht kommt also zum Ausdruck, daß der Völkerbundsrat der französischen Regierung die Erwartung zu erkennen gibt, daß eine stufenweise Zurückziehung der französischen Saartruppen im Sinne des Beschlusses des Völkerbundsrates im März d. Js. auch weiterhin durchgeführt wird.

Im Saargebiet hat die Haltung des Völkerbundsrates enttäuscht, weil man unbeschadet einer Regelung des Bahnschutzes, erwartet hat, daß er beschließen würde, daß die Zurückziehung der Truppen nunmehr restlos, spätestens bis zum Wiederzusammentritt des

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 12, Jahrgang 2, der „Saarheimatbilder" bei.

Völkerbundsrates durchzuführen wäre. Dieser Beschluß durfte um so eher erwartet werden, als er grundsätzlich bereits früher gefaßt worden ist. Damals nämlich, als er im Sinne der Auffassung des englischen Völkerbundsdelegierten Lord Cecil feststellte„ daß ein Gendarmeriekorps in Stärke von 1000 Mann unter normalen Verhältnissen in der Lage sei, Ruhe und Sicherheit im Saargebiet zu verbürgen.

Da aber Frankreich unter allen Umständen einen direkten politischen Einfluß im Saargebiet auszuüben versucht, der bisher eingestandenermaßen durch die französische Besatzung getätigt wurde, so hat sich der Völkerbundsrat wieder einmal nicht dazu entschließen können, die Zurückziehung der Besatzung nunmehr auch endlich zu fordern. Diese Beeinflussung der Entschließungen des Rates durch Frankreich in der Saarfrage hat im Saargebiet begreiflicherweise erneut starke Enttäuschung und Beunruhigung hervorgerufen. Das ergibt sich mit besonderer Deutlichkeit aus einer Entschließung, die unmittelbar nach dem Entschluß des Völkerbundsrates die Zentrumspartei für das Saargebiet mit Einstimmigkeit beschlossen hat. Diese lautet wörtlich:

„Die in Saarbrücken tagende Versammlung der Zentrumspartei spricht einstimmig ihre tiefste Enttäuschung darüber aus, daß der Völkerbundsrat auf seiner gegenwärtigen Tagung den sofortigen Abzug des Militärs aus dem Saargebiet wiederum nicht beschlossen hat. Nach dem klaren und eindeutigen Wortlaut des Versailler Vertrages darf im Saargebiet kein fremdes Militär kaserniert werden. Sechs Jahre nach der Errichtung der Völkerbundshoheit im Saargebiet stehen noch immer zwei französische Regimenter im Gebiet. Dieser Zustand verstößt gegen den Versailler Vertrag und fordert Beseitigung. Die Saarbevölkerung hat durch ihr besonnenes Verhalten gezeigt, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung der Schutz fremden Militärs nicht erforderlich ist.

Die Versammlung spricht ferner einmütig den dringenden Wunsch aus, daß das Saargebiet als rein deutsches Land baldigst wieder dem Deutschen Reich, von dem es gegen den Willen der Bevölkerung getrennt wurde, angegliedert wird."

Diese Entschließung entspricht der einmütigen Auffassung der Saargebietsbevölkerung und ist als Willenskundgebung der Bevölkerung auch dem Völkerbund nach Genf übermittelt worden. Leider ändert aber diese Kundgebung nichts an der Tatsache, daß französisches Militär auch weiterhin an der Saar verbleibt.

Der Hinweis auf die Forderung des Völkerbundes auf eine stufenweise Zurückziehung der Saartruppen wird Frankreich leider nicht veranlassen, hierin einen entscheidenden Schritt zu tun. Es verlautet nur, daß Frankreich „erwäge", bis zum 31. März kommenden Jahres ein Regiment aus dem Saargebiet herauszuziehen. Ob es hierzu kommen wird, steht noch nicht fest, und hängt wesentlich davon ab, wie sich die deutsch-französischen Verhandlungen fortentwickeln.

Reich und Saarregierung.

Anfang Dezember stattete das saarländische Mitglied der Saarregierung, Koßmann, dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten einen Besuch ab, außerdem fand ihm zu Ehren ein Frühstück beim Reichsaußenminister Dr. Stresemann statt. Dieser Besuch Koßmanns in Berlin hat insofern eine allgemeinere politische Bedeutung, als es das erstemal ist, daß von seiten der Saarregierung ein offizieller Besuch bei der Reichsregierung gemacht worden ist. Aus dieser Tatsache kann somit geschlossen werden, daß das Verhältnis zwischen Reichsregierung und Saarregierung sich nach der Ernennung des kanadischen Mitgliedes der Saarregierung zum Präsidenten derselben an Stelle des französischen Staatsrates Rault geändert hat. Dabei ist hervorzuheben, daß die Reichsregierung keinen Anlaß gegeben hat, wenn dieses Verhältnis nicht so war, wie es bei korrekten Beziehungen zwischen zwei Regierungen hätte sein sollen. Unter der Präsidentschaft des Herrn Rault unterhielt die Saarregierung jedoch lediglich mit Paris engere Beziehungen, während ihr Verhältnis zur deutschen Regierung nur in rein diplomatischen Verhandlungen bestand, ohne daß sie Wert darauf legte, mit den Leitern der deutschen Außenpolitik in persönliche Beziehungen zu treten.

Der jetzige Präsident Stephens hat es für seine Aufgabe gehalten, die bisherigen Beziehungen mit der Reichsregierung etwas persönlicher zu gestalten. Nachdem er am 24. November dem französischen Außenminister Briand einen offiziellen Besuch abgestattet hat, war es, wie wir erfahren, seine Absicht, jetzt auch dem deutschen Außenminister seine Aufwartung zu machen. Der in Aussicht genommene Besuch Anfang Dezember mußte aber verschoben werden, weil Präsident Stephens erkrankte. Dagegen hat es das saarländische Regierungsmitglied, Dr. Koßmann, für zweckmäßig gehalten, seinen gemeinsam mit Herrn Stephens vorgesehenen Besuch noch vor der am 6. Dezember beginnenden Ratstagung des Völkerbundes auszuführen. Präsident Stephens wird dagegen erst später seine Aufwartung der deutschen Reichsregierung machen. Dieser Besuch steht aber, worauf ausdrücklich hingewiesen werden mag, nicht mit den Verhandlungen des Völkerbundsrates über die Saartruppenfrage in Zusammenhang.

Was diese letztere Frage angeht, so ist festzustellen, daß diese als Punkt 20 auf der Tagesordnung der Ratstagung stand. Sie erschien hier als „Bericht der Regierungskommission über die Maßnahmen der Regierungskommission zur Sicherung von Militärtransporten auf den Saarbahnen". Bekanntlich ist diese Frage vom Völkerbundsrat bereits dreimal verschoben worden, da innerhalb des Völkerbundsrats eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die ganze Angelegenheit gestaltete sich für den Völkerbund auch dadurch schwierig, weil über die Behandlung dieser ganzen Frage innerhalb der Saarregierung keine einheitliche Auffassung zu erzielen ist. Die aus dem französischen, belgischen und tschechischen Mitglieder der Saarregierung zusammengesetzte Mehrheit innerhalb der Saarregierung unterstützt das französische Verlangen, der französischen Besatzung an der Saar den Charakter von Bahnschutztruppen im Saargebiet zu geben und sie als solche im Saargebiet zu belassen. Präsident Stephens lehnt dieses Verlangen ab, wünscht Zurückziehung der französischen Truppen jedoch mit der Maßnahme, daß sie in Notfällen jederzeit wieder ins Saargebiet zurückgezogen werden können. Das saarländische Mitglied Koßmann dagegen verlangt in Uebereinstimmung mit den politischen Parteien des Saargebietes die Herstellung vertraglicher Zustände, d. h. bedingungslose sofortige Zurückziehung der Saartruppen.

Wohl hat das Saargebiet ein Interesse an einem raschen Verschwinden der französischen Truppen. Ja, es hat sogar ein ganz klares Recht darauf. Mit einer Vertauschung einer regulären französischen Besatzung durch eine irreguläre ist ihr aber nicht gedient. Zu was diese Truppe gut sein soll, das sieht man überhaupt nicht recht ein. Wie vorgesehen, darf sie nur im Notfall eingreifen und dann auch nur zur Sicherung der französischen Truppentransporte. Für diesen Fall aber kann ja nach dem Entscheid des Völkerbundsrates im äußersten Falle Militär ins Land gerufen werden. Die Vermutung, daß es den Franzosen — die eine Räumung als nicht mehr zu umgehen ansehen und auch in Lothringen bereits Vorbereitungen für den baldigen Rückzug treffen — vor allem darum zu tun ist, die Fassade zu wahren, liegt ziemlich nahe.

Von seiten der deutschen Regierung wird selbstverständlich der Standpunkt des saarländischen Mitgliedes der Regierung, der allein den vertraglichen Bestimmungen entspricht, unterstützt.

Wie wir an anderer Stelle ausführlich berichten, hat der Völkerbundsrat die Saartruppenfrage erneut vertagt, nachdem sich die juristischen Sachverständigen über einen neuen Vorschlag nicht einigen konnten, die die Ersetzung der französischen Truppen durch ein „ziviles Bahnschutzkorps" vorsah. Die „Saarbrücker Landeszeitung" bemerkte zu diesem Vorschlag mit Recht u. a.:

Die rechtliche Lage ist zwar mit dem Abzug der französischen Truppen geklärt, aber nicht die politische Lage, denn der zivile Bahnschutz hat offensichtlich auch politische Zwecke, die erst aus seiner Tätigkeit hervorgehen werden. Wie verlautet, soll dieser Bahnschutz aus Ausländern bestehen und nicht aus Einheimischen. Unter Berücksichtigung dieses von den Juristen vorgeschlagenen Kompromisses muß folgendes bemerkt werden: Die vorgesehenen Ausländer können zivile Militärpersonen sein, die unter der Maske „zivile Personen" im Saargebiet dieselben Funktionen ausüben, die bisher das französische Militär getrieben hat. Wenn diese zivile Bahnschutzkommission auch der Autorität der Regierung unterstellt sein sollte, so kann damit allein die Frage noch nicht als gelöst betrachtet werden, da zur Genüge bekannt ist, daß im Augenblick die Mehrheit der Saarregierung immer noch im frankophilen Sinne wirkt und daher auch die Bahnkommission bei dieser Mehrheit in Ausführung des Bahnschutzes eine Stütze finden wird. Die Lösung mit der zivilen Kommission würde vielleicht im Saargebiet eine befriedigende psychologische Wirkung auslösen können, wenn dieser Bahnschutz aus wirklich neutralen Ausländern bestände und nicht vielleicht aus abgedanken französischen Offizieren, wie dies bei der Grubenverwaltung des Saargebiets der Fall ist.

Die gleichen Bedenken äußert auch die „Saarbrücker Zeitung", wenn sie schreibt: Der in Aussicht genommene Zivilstreckenschutz erweckt doch gewisse Bedenken, die nur zerstreut werden könnten, wenn zuvor gewisse Vorbedingungen erfüllt werden. Wer gibt nämlich Gewähr, daß es sich bei dieser Streckenmannschaft nicht einfach um verkapptes Militär unter französischem Kommando handelt, und welches ist die Zahl dieser Truppen? Der Plan, der der Saardelegation schon seit Montag bekannt war, wo sie ihn anläßlich eines Zusammenseins mit Stresemann in Genf erfuhr, müßte, bevor er für das Saargebiet wirklich eine Erfüllung seines Rechtes bedeuten würde, noch in manchen Punkten präzisiert werden. Es müßte verlangt werden, daß diese Truppe keinesfalls die Stärke von 200 Mann überschritte. Weiter müßte sie kaserniert gehalten werden. Sie müßte besonders kenntlich gemacht sein, jede Befehlsgewalt müßte ihr genommen werden, sie müßte der Regierungskommission des Saargebiets unterstellt sein und dürfte keinesfalls unter dem Kommando einer französischen Behörde stehen. Endlich müßten selbstverständlich die Kosten durch Frankreich getragen werden.

Frankreichs Irrtum über das Saargebiet.

In Frankreich mehren sich immer mehr die Stimmen, die zugeben, daß die französische Spekulation auf das Saargebiet eine hundertprozentige Pleite ist. Kein vernünftiger Franzose denkt heute noch daran, daß für das Saargebiet eine andere Lösung als eine rückhaltlose und restlose Wiedereingliederung in den Staatskörper des Deutschen Reiches in Frage kommen könnte. (Um so unverständlicher aber ist es, daß Frankreich seine verbitternde Besatzungspolitik an der Saar fortsetzt.) Der wiederholt hervorgetretene französische Senator René Marcel hat vor einigen Wochen eine Artikelserie in der „Ere Nouvelle" veröffentlicht, in der er den Grundirrtum der französischen Saarpolitik und den unbestritten rein deutschen Charakter des Saargebiets hervorhebt. Seinen ersten Aufsatz überschrieb er denn auch freimütig: „Unser fundamentaler Irrtum in der Beurteilung des Saargebiets" und führt darin ebenso freimütig das folgende aus:

Im Quai d'Orsay sprach man vom Saargebiet nur im Flüstertone. Unsere Diplomaten wollten das Saargebiet und die Leute, die sich für seine Probleme interessierten, magnetisch einschläfern.

Eigentlich übertreibe ich. Es gehörte zum guten Ton, für das Saargebiet Interesse zu zeigen. Nach dem Versailler Vertrag bleibt nun das Saargebiet von Deutschland bis 1935 getrennt. Dann soll eine Volksabstimmung stattfinden, die über das spätere politische Schicksal des Landes entscheidet: Anschluß an Frankreich, Unabhängigkeit oder Rückkehr zum Reich. Beachtlich war ferner, daß uns die Saargruben als Kompensation für die Schäden gegeben wurden, die wir durch die Zerstörung unserer nordfranzösischen Bergwerke erlitten hatten. Das war die eine Seite der Betrachtung. Andererseits erinnerte man sich daran, daß Marschall Ney in dem von Vauban befestigten Saarlouis geboren war, und daß unsere Offiziere 1918 in Saarlouis usw. von französischen Familien festlich empfangen wurden.

Unser Außenminister hatte auf den freiwilligen Anschluß des Saargebietes an Frankreich spekuliert. Durch historische und sentimentale Glossen wurde er in seinem Glauben bestärkt. Sonst wollte er nichts wissen und hören.

Bald sollte es jedoch nicht an offiziösen und sogar offiziellen Warnungen fehlen. Französische Reisende, die sich nach Waffenstillstand in das Saargebiet begaben, konnten sich davon überzeugen, daß sie in einem deutschen Lande waren. Saarbrücken und die Industrieorte in seiner Umgebung sind in jeder Hinsicht rein deutsch. Aufmachung und Art sind dieselben wie im Ruhrgebiet, dessen Bevölkerung ähnlich zusammengesetzt ist. Infolge seiner außerordentlichen wirtschaftlichen Entwicklung nahm das Saargebiet einen Teil der Ueberschußbevölkerung auf, die in den armen Gegenden des Reiches, in Pommern, Brandenburg, Polen usw. ein elendes Leben führte.

Diese neuen Bewohner des Saargebietes waren fast alle echte Preußen. Angesichts dieser klaren Sachlage unvernünftige Hoffnungen auf die Sympathien der paar französischen oder frankophilen Familien von Saarlouis zu setzen, war um so gewagter, als diese Familien selbst uns die Wahrheit nicht verhehlten. Doch muß man sich in den Geist der damaligen Zeit zurückversetzen. Auf Grund der Werke von Literaten und Historikern, die in ihren Elfenbeintürmen hermetisch abgeschlossen waren, gehörte es zum guten Ton, das allzu prosaische neunzehnte Jahrhundert zu ignorieren. Die Deutschen hatten ja im Saargebiet nur Ingenieure, Bergleute und Fabrikarbeiter; wir dagegen hatten dort die großen Schatten des Jahrhunderts Ludwigs XIV. und des ersten Kaiserreichs. Wer mußte den Sieg davontragen? Mit spekulativem Wissen vollgepfropfte Diplomaten konnten nur zu dem Schlusse kommen, daß die Erinnerungen siegen würden, die ja auch unserer nationalen Eigenliebe schmeicheln. Die rauchenden Fabrikschlote, die Ney nicht gekannt hatte, mußten ihnen wie ein Verstoß Deutschlands gegen den guten Geschmack erscheinen. Derartige Träume mußten zu weiteren Irrtümern führen, z. B. im Rheinlande...

Da es nun einmal feststand, daß das Saargebiet 1935 ein französisches Departement werden würde, (!) wurde nichts für es versäumt und es begann, wie wir jetzt zurückschauend sagen können, die Aera der Ungeschicklichkeiten. Wir hatten das volle und uneingeschränkte Eigentum der Saargruben erhalten. Für den Fall, daß die Volksabstimmung 1935 zugunsten des Reichs ausfallen sollte, kann jedoch Deutschland die Gruben zu einem von Sachverständigen festgesetzten Preis zurückkaufen. Mit dieser Möglichkeit rechnete man gar nicht. Die Saargruben mußten daher wie französische Gruben, noch mehr, wie begünstigte französische Gruben behandelt werden. Ein Stab ausgewählter Techniker wurde ins Saargebiet geschickt, die mit Eifer an ihre Aufgabe gingen. Viele Punkte der deutschen Verwaltung waren diskutabel. Die Grubenhölzer waren in schadhaftem, gefährlichem Zustand, das Material war nicht einheitlich, es waren besonders die ergiebigsten Flöze in Angriff genommen und die Verkaufsorganisation lag in Händen von Zwischenhändlern. Die französische Verwaltung schuf da gute Ordnung. Neue Flöze wurden erforscht und die alte Kohlenförderung besser organisiert. Die elektrische Kraft wurde in den Gruben besser verteilt und es wurden sogar neue elektrische Zentralen geschaffen. Ferner wurden die Siebe und Waschvorrichtungen vervollkommnet und wissenschaftliche Untersuchungen für eine bessere Verwendungsmöglichkeit der Kohlen, besonders für ihre Umwandlung in Hüttenkoks, vorgenommen. Diese direkt produktiven Maßnahmen genügten jedoch der französischen Verwaltung

nicht. Sie führte im Saargebiet Sicherheitsvorrichtungen für die Bergleute ein, wodurch die Zahl der Unfälle sehr vermindert wurde. Weiterhin erbaute sie neue Arbeiterhäuser und schuf im Einvernehmen mit der Regierungskommission wichtige soziale Einrichtungen. Einige Punkte dieses imposanten Programmes bedeuteten natürlich eine schwere Belastung des französischen Fiskus.

Gleichzeitig erging an die französischen Schwerindustriellen, besonders diejenigen, die Interessen in Lothringen hatten, die Aufforderung, sich an der Schwerindustrie des Saargebietes soweit zu beteiligen, daß sie die Kontrolle darüber hätten. Allen gelang dies, mit Ausnahme der Acières de Longwy gegenüber den Röchlingwerken in Völklingen —, obwohl Herr Alexander Dreux ein persönlicher Freund von Hermann Röchling ist. So kamen die Werke von Dillingen, Brebach und Neunkirchen, die vorher von Thyssen, Mannesmann und Stumm beherrscht wurden, unter den Einfluß von Schneider, de Wendel und großer Gesellschaften wie die Acières de la Marine et d'Homécourt und die Hauts-Fourneaux de Pont-à-Mousson.

Indessen erfolgten immer zahlreichere Warnungen, die der übliche Wortschwall unserer politischen Sphären nicht mehr ersticken konnte. Ich selbst habe wegen der Haltung der Familie Röchling gewarnt. Einige Monate später schon sprachen die Ereignisse lauter als alle Worte. Hermann Röchling führte in Genf eine Saardelegation, die das Ende des provisorischen Saarregimes und die Rückgabe des Landes an Deutschland verlangte. Dann kamen die charakteristischen Wahlen und **schließlich die rheinische Jahrtausendfeier, die eine unzweideutige Kundgebung war.** Die Tore des Elfenbeinturmes waren eingestoßen und man erkannte die Wahrheit.

Die Rheinlandfrage in den Genfer Regelungen.

Die ersten Mitteilungen über die Vereinbarungen von Genf ließen nicht klar erkennen, in welchem Umfange die rheinischen Fragen in den Verhandlungen, in welcher Weise sie in den zustandegekommenen Regelungen eine Rolle gespielt haben. Vor allem bestand Unklarheit darüber, ob die „elements stables", wie sie in dem Genfer Investigationsprotokoll vorgesehen waren, nur unter bestimmten Voraussetzungen fallen gelassen worden sind und ferner, ob das wiederholt in der Oeffentlichkeit erörterte und auch von Briand stark unterstützte Kontrollsystem für das Rheinland zeitig begrenzt oder dauernd gedacht ist. Nachdem die deutsche Delegation aus Genf nach Berlin zurückgekehrt ist und hier dem Reichspräsidenten und dem Reichskabinett Bericht erstattet hat, scheint auch hierüber volle Klarheit zu bestehen.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Frage der „elements stables", wie überhaupt die Frage irgendeiner ständigen Kontrolle nach den Genfer Vereinbarungen ein fürallemal aus der politischen Diskussion ausgeschieden ist.

Wenn am 31. Januar die Interalliierte Militärkommission Deutschland verlassen wird, wird Deutschland ein für allemal von der entwürdigenden Ueberwachung interalliierter Kontrollorgane befreit sein. Von einer Uebertragung dieser bisher von dieser Kommission ausgeübten ständigen Kontrolle in Deutschland an irgendeine andere Kommission oder an irgendein verschleiertes Kontrollsystem ist keine Rede. Das gilt für das unbesetzte wie für das jetzt noch besetzte Gebiet. Wenn Briand in seiner bekannten Rede an die Presse vom 9. Dezember die Auffassung vertrat, daß man in Zukunft den Ausdruck „elements stables" in allen Erörterungen vermeiden sollte, so entspricht das dem Geist der Vereinbarungen über die Auslegung des Investigationsprotokolls, die einen Unterschied zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet nicht kennen.

In den ersten Veröffentlichungen über die Genfer Verhandlungen ist verschiedentlich in der deutschen Presse betont worden, daß es befremdlich empfunden werden müßte, daß man in Genf über die Frage der Rheinlandräumung so gut wie gar nicht gesprochen habe. Die Feststellung, daß man in Genf die Rheinlandräumung nur nebensächlich behandelt habe, trifft nur bedingt zu. Richtig ist, daß von deutscher Seite diese Frage nicht in den Vordergrund gestellt wurde, richtig ist aber ebenso, daß man über die Rheinlandräumung erst reden kann, wenn die Zurückziehung der interalliierten Militärkontrolle durchgeführt ist. Diese Frage hängt bekanntlich damit zusammen, ob die deutschen Vertragsgegner die Entwaffnungsverpflichtungen Deutschlands für erfüllt erklären oder nicht. Solange diese Erklärung nicht vorliegt, ist es vertragsrechtlich aussichtslos, die Frage der Rheinlandräumung in den Vordergrund zu stellen.

Es ist vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß, während Deutschland sich in den Genfer Verhandlungen in der Frage der Rheinlandräumung Zurückhaltung auferlegte, die andere Seite immer wieder auf diese Frage zurückgriff. Vielleicht kann man aus dieser Tatsache den Schluß ziehen, daß man auf der anderen Seite selbst die Notwendigkeit erkennt, die Frage der Rheinlandbesetzung so bald wie möglich zu klären. Wenn man die Presseäußerungen in England und Belgien über diese Frage genau verfolgt, so möchte man zu dem Schluß kommen, daß man dort die völlige Räumung der Rheinlande für eine ebenso logische wie notwendige Folge der politischen Entwicklung in Europa hält. Wenn sich in Frankreich eine ähnliche Auffassung noch nicht in so zwingendem Maße hervorwagt, dann sicherlich nicht deshalb, weil man die Notwendigkeit der Zurückziehung der französischen Besatzungsarmeen nicht anerkennt, sondern weil in der breiten Masse des französischen Volkes sich erst die Erkenntnis durchsetzen muß, daß eine französische Armee am Rhein nicht so sehr eine Friedenssicherung als vielmehr eine Kriegsgefahr bedeutet.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet erkennt man in den Genfer Verhandlungen und Vereinbarungen immer deutlicher den sich langsam aber sicher durchsetzenden Geist von Locarno. Wenn die Interalliierte Militärkommission aus Deutschland zurückgezogen und die beiden Restpunkte in der Frage der deutschen Entwaffnung bereinigt sein werden, dann muß die Rheinlandfrage, in erster Linie die Frage der Räumung des Rheinlandes, ganz automatisch selbst in den Vordergrund der internationalen Verhandlungen, der europäischen Verständigungspolitik treten. Wie in Genf vor der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund der militärische Sachverständigenausschuß die Entwaffnungserfüllung Deutschlands im Sinne des Völkerbundsstatuts festgestellt hat, so wird nach der Vereinigung der erwähnten zwei Fragen der Völkerbundsrat nicht umhin können, die Entwaffnungsdurchführung Deutschlands auch im Sinne des Versailler Vertrages festzustellen. Es bliebe dann keine Verpflichtung Deutschlands mehr übrig, für die eine Besatzung am Rhein das Sicherheitspfand darzustellen hätte. Sie müßte somit vertragsrechtlich ohne weiteres zurückgezogen werden, müßte es aber auch im Sinne des Locarnopaktes. Dieser stellt in seinem Kern nichts anderes dar, als die Verpflichtung aller an diesem Pakt beteiligten Mächte, die Grenzziehung im Westen Deutschlands nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages anzuerkennen und gegenseitig darauf zu achten, daß nichts geschieht, was auf eine gewaltsame Verletzung dieser Grenze hindeutet. Die Aufrechterhaltung einer Besatzung am Rhein nach voller Vertragserfüllung Deutschlands müßte aber nach den Locarno-Bestimmungen eine Verletzung der Grenze und eine Beeinträchtigung der deutschen Souveränität bedeuten. Die Rheinlandbesatzung muß somit nach diesem Zeitpunkt aufhören.

Während der Genfer Verhandlungen ist auf seiten der deutschen Verhandlungspartner der Gedanke aufgetaucht, ob es nicht im Sinne des Locarnopaktes liegen würde, wenn ein paritätisch aus den Mächten des Locarnopaktes zusammengesetzter Ausschuß die Durchführung und Beachtung der Locarnoabmachungen überwachte. Diese Ueberwachung solle sich nicht einseitig gegen Deutschland, sondern auch gegen die übrigen Paktstaaten richten, die für eine Nichtbeachtung der Grenzgarantie von Locarno in Frage kommen könnten. Ob es überhaupt zu Verhandlungen über einen solchen Ausschuß, ob es zu einer solchen Ueberwachungskommission kommen wird, steht noch dahin. Deutschland ist keinerlei Verpflichtungen in dieser Frage eingegangen. Die Initiative hierzu liegt ganz auf der anderen Seite und nur wenn entsprechende Anregungen den deutschen

Interessen dienlich sein können, wird man sich darüber unterhalten. Die ganze Frage hat natürlich auch für das Saargebiet auch für das Saargebiet Interesse, da mit der Räumung des Rheinlandes auch die Regelung der Saarfrage erfolgen müßte. Die Einrichtung eines Kontrollausschusses würde in diesem Falle auch Bedeutung für das Saargebiet haben, das zu jenen Zonen gehören würde, auf die sich die Befugnisse dieses Ausschusses erstrecken würden.

Deutschlands internationale Stellung in der Rheinlandfrage ist unbestritten durch die Genfer Verhandlungen und Vereinbarungen gestärkt worden. Wenn es der deutschen Delegation in Genf möglich war, mit voller Ruhe die Anregungen an sich herantragen zu lassen, dann ist ihre Stellung hierbei durch das Verhalten der Rheinlande selbst wesentlich erleichtert und gestärkt worden. Mehr als einmal hat die rheinische Bevölkerung durch ihre politischen Vertreter und durch ihre Presse erklären lassen, daß Deutschland sich unter keinen Umständen dazu bereiterklären dürfe, im Interesse einer frühzeitigen Räumung der Rheinlande neue dauernde Lasten oder Bindungen aufzunehmen. Im Rheinland hat man sich auf den durchaus richtigen Standpunkt gestellt, daß die Rechtslage ebenso für Deutschland arbeitet, wie die immer mehr in der Welt zunehmende Erkenntnis, daß jener Geist des Versailler Vertrages nicht aufrechterhalten werden kann, der Deutschland dauernd ein Sklavenjoch aufbürden wollte.

Tagung der Saarwirtschaftsverbände.

Die Saarwirtschaftsverbände (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet, der Arbeitgeberverband des Saargebiets und der Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen im Saargebiet) hielten am 7. Dezember in Saarbrücken ihre gemeinsame Hauptversammlung ab. In einer begrüßenden Ansprache ging der Vorsitzende Dr. Max von Vopelius auf die außenpolitische Lage ein, wie sie durch die Thoiry-Politik gekennzeichnet worden ist. Er stellte fest, daß der Geist von Thoiry anscheinend nicht mehr lebt und das auf die Aufforderung von Berlin: „Jetzt hat Frankreich das Wort", noch keine Antwort erteilt worden ist. Wenn aber auch die verantwortlichen Staatsmänner glaubten, an ihren Bestimmungen festhalten zu sollen, so arbeite die deutsche Wirtschaft und die Wirtschaft Europas konsequent wieder an Europa und versucht und erreicht in den großen Fragen die Gemeinschaftsarbeit. Er berührte in diesem Zusammenhang den sogenannten Eisenpakt, dessen wertvolle Wirkung heute schon zu erkennen sei. Er fuhr dann fort:

Wenn man rückschauend die Dinge betrachtet, so muß man sagen, daß selten ein Gebiet so zum Opfer politischer Maßnahmen geworden ist, wie unser Saargebiet. Seit bald zehn Jahren keine Möglichkeit ruhiger Entwicklung, ein stetes Auf und Ab, ein Balancieren auf dem schwankenden Seil der Währung, ein Umstellen von einem Markt zum anderen, ein Fallen aus einer Krisis in die andere, von der Markinflation zur Frankeninflation und aus dieser in die Deflationskrisis, in der wir uns heute befinden. Daneben Maßnahmen auf dem Rohstoffmarkt, zumal dem Kohlenmarkt, die jedem volkswirtschaftlich Geschulten als Hohn auf eine natürliche Entwicklung der Dinge erscheinen müssen.

In seinen weiteren Ausführungen erkannte der Redner an, daß unter diesen Verhältnissen die Arbeiterschaft ebenso leide, wie die Gesamtwirtschaft. Er wandte sich jedoch gegen den leider von hohen deutschen Regierungsstellen unterstützten Wunsch der Arbeiterschaft, aus den gestrichenen Zollstundungen rückwirkend eine Entschädigung zu verlangen. Dr. von Vopelius erklärte, daß von diesen Zollstundungen in der gesamten Saarwirtschaft überhaupt kein Pfennig mehr vorhanden sei und daß ohne diese Stundung die ganze Industrie an der Saar längst bankerott wäre.

Hierauf gab Assessor Lütke einen ausführlichen Bericht über die Lage des Saargebiets, wobei er zunächst die Zoll- und Währungsfrage behandelte. Er betonte, daß der größte Teil der saarländischen Industrie für seinen Absatz nach dem deutschen Zollinland die Zollfreiheit zugesichert und erhalten habe und gleichzeitig von dem Druck der bisherigen Zollstundungen befreit worden sei. Die Erleichterungen für die saarländische weiterverarbeitende Industrie, vor allem für die Elektrotechnik, seien nicht ausreichend, wie für einen nicht unerheblichen Teil der saarländischen Industrie eine Regelung überhaupt nicht erfolgt sei. Die bisherige grundsätzliche Regelung lasse aber erhoffen, daß alles, was jetzt bei dem Abkommen ausgefallen ist, bei der demnächstigen Weiterverhandlung, die erforderliche Regelung findet und daß dann jede saarländische Industrie, die berechtigte Ansprüche auf zollfreie Einfuhr nach dem Reich hat, die Erfüllung dieser Ansprüche erreicht. Die in den beiden Provisorien für die Einfuhr aus dem deutschen Zollinland in das Saargebiet gegebenen Zollerleichterungen geben dem Saargebiet ebenfalls noch lange nicht das, was es braucht. Für ein neues Abkommen erwarten Industrie und Handel wesentliche Verbesserungen der gesamten Einfuhrbestimmungen. Nicht unerwähnt dürfen weiter bleiben die Bestimmungen des deutsch-französischen Provisoriums, denn die für den allgemeinen Verkehr über die deutsch-französische Zollgrenze gegebenen Erleichterungen treten naturgemäß zusätzlich zu den besonderen Bestimmungen für das Saargebiet. Die Saarwirtschaft erhofft viel von der Gestaltung des endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrages, dessen Umfang weit über die jetzige Regelung in dem deutsch-französischen Provisorium hinausgehen wird.

Den Eisenpakt bezeichnete er als den wichtigsten Teil der Lösung der Saarzollfrage. Mit ihm sei ein Zustand geschaffen, den man dahin kennzeichnen könne, daß für die eisenschaffende Industrie die Zollgrenze wieder im Westen des Saargebiets ist, unter Zubilligung eines zollfreien Kontingents der saarländischen Schwerindustrie für ihren Absatz nach Frankreich. Nehme man die Regelung für Eisen mit der Regelung der übrigen Industrie zusammen, soweit sie schon erfolgt und zu erhoffen ist, dann werde für den ganzen Absatz des Saargebiets nach Deutschland ein ähnlicher Zustand herbeigeführt. Natürlich bleibt die bestehende Zollgrenze des Saargebiets im Osten nach wie vor stark fühlbar, weil nach wie vor die Belieferung des Saargebietes mit deutscher Ware durchgängig einer wenn auch etwas gemilderten Zollbelastung unterliegt, und weil auf alle Fälle beim Versand sowohl wie beim Empfang die Formalitäten der Zollgrenze, die ja in ihrer verkehrshemmenden Wirkung nicht zu unterschätzen sind, bestehen bleiben. Das wichtigste ist aber, daß heute schon, bestätigt durch deutsch-französische Verträge, die wirtschaftliche Stellung des Saargebietes als Teil des deutschen Wirtschaftsgebietes unumstritten ist.

Die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland wird nach Assessor Lütke nur technische Schwierigkeiten verursachen. Von französischer Seite werden zweifellos besondere Wünsche für den Fall der Rückgliederung laut werden, indem Frankreich bestrebt sein wird, die Absatzmöglichkeiten im Saargebiet nicht restlos und nicht sofort zu verlieren. — In diesem Zusammenhang muß einer Legende entgegengetreten werden, die heute alle französischen Zeitungen mit dem offensichtlichen Bestreben, den Verkaufspreis für das Saargebiet möglichst in die Höhe zu treiben, durchläuft. Von französischer Seite wird behauptet, Frankreich habe ein ganz besonders hohes Interesse an dem Absatz nach dem Saargebiet, und man verweist darauf, die Einfuhr in das Saargebiet habe in der letzten Zeit einen Umfang erreicht, der jährlich mit einer Milliarde Franken zu schätzen wäre. In derselben Richtung laufen Kundgebungen der uns benachbarten französischen Handelskammern Metz, Straßburg, Kolmar, Nancy usw. Mangels einer Statistik für den saarländisch-französischen Verkehr ist die Zahl gar nicht nachzuprüfen. Aber selbst wenn man die Zahl für die letzte Vergangenheit als richtig annehmen wollte, so muß doch betont werden, daß man in der letzten Zeit einen ganz außerordentlichen Zustand hatte. Jedenfalls ist es durchaus nicht angängig, aus Zahlen der letzten Vergangenheit irgendwelche Schlüsse in der Richtung zu ziehen, daß die Belieferung des Saargebietes mit französischen Waren in entsprechendem Umfange sichergestellt werden müsse.

Assessor Lütke wandte sich dann dem Währungsplan zu. Er hob hervor, daß dem Saargebiet von allen gegebenen Möglichkeiten in Verbindung mit der Frankenkrise die Stabilisierungskrise unter allen Umständen bevorstehe. Die damit wahrscheinlich verbundene Deflationskrise im Saargebiet unter-

scheidet sich wesentlich von der in Frankreich. Das Saargebiet verkauft in einem viel höheren Maße wie Frankreich wertbeständig, wodurch im Saargebiet ganz anders wie in Frankreich die Frankenbesserung ein Mißverhältnis zwischen dem Verkaufserlös und den Gestehungskosten entstehen läßt. Die durch die Kursbesserung bedingte Teuerung ist im Saargebiet auch viel größer als in Frankreich, weil vor der Frankenbesserung der Franken im Saargebiet eine viel geringere Kaufkraft als drüben hatte. Wie sich die augenblickliche Lage im Saargebiet auswirkt, dafür gab der Redner einige Zahlen: 1924 gab es im Saargebiet 18 eröffnete Konkurse, 1925 35, in den ersten elf Monaten 1926 sind es bereits 42. Die eingetretene Steigerung entspricht aber sicher nicht den wirklichen wirtschaftlichen Verhältnissen. Es kann festgestellt werden, daß es in sehr vielen Fällen überhaupt nicht zum Konkursantrag, geschweige denn zur Eröffnung kommt, weil von vornherein klar ist, daß eine Masse nicht vorhanden ist und kein Gläubiger die bei Stellung des Antrages erforderliche Kaution von 2000 Franken hinterlegen will. Ein weiterer Gradmesser für die augenblickliche wirtschaftliche Lage im Saargebiet erblickt Assessor Lütke in der Statistik der Ausverkäufe. Diese seien, von Ausnahmen abgesehen, frühzeitig vorgenommene Liquidationen eines Unternehmens. In der Stadt Saarbrücken waren Anfang dieses Jahres 3 Ausverkäufe monatlich. Die Zahl hält sich dann bis August zwischen 5 bis 7 monatlichen Ausverkäufen, während sie im September und Oktober je 11 erreicht und im November die Zahl 16. Vom 1. bis 5. Dezember sind bereits weitere 10 Ausverkäufe angemeldet. Diese Zahlen betreffen nur die Stadt Saarbrücken. In den übrigen Orten des Saargebiets sieht es ganz entsprechend aus.

Die Angaben lassen deutlich erkennen, wie sich beim Handel die Auswirkung der Deflationskrise zeigt. Man darf dabei aber nicht annehmen, das es der Industrie besser gehe. Bei ihr handelt es sich nur darum, daß die Auswirkung nach außen hin erst später zutage tritt. Der Umstand, daß augenblicklich infolge des englischen Bergarbeiterstreiks der Beschäftigungsgrad durchaus nicht ungünstig ist, darf nicht über die ernste Gefahr, die augenblicklich besteht, hinwegtäuschen. Zwar werden die Möglichkeiten, die gerade in dieser Beziehung vorliegen, durchaus willkommen geheißen; die Lage bleibt trotzdem bedenklich genug.

Die weitere Entwicklung der Lage beurteilt der Redner nicht ungünstig, falls die Frankenwährung stabil bleibt. Der Anschluß Deutschlands an das deutsche Wirtschaftsgebiet, die Möglichkeit seines Absatzes nach dem übrigen Deutschland gibt die Hoffnung, daß das Saargebiet an der aufsteigenden Kurve der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands teilnehmen kann und das es von der in Frankreich unbedingt eintretenden Stabilisierungskrise in einem gewissen Umfange verschont bleibt. Dieser günstige Ausblick gilt jedoch nicht für den Augenblick, sondern für die weitere Zukunft. Der Redner hat das Zutrauen zu der Reichsbank, daß sie in der Lage und gewillt sein werde, dem Saagebiet auch künftig zu helfen, und das die Gesundung des deutschen Kreditwesens auch der Saarwirtschaft zugute kommt.

Der Redner behandelte dann das Problem der Rationalisierung, mit der das Saargebiet gegenüber dem übrigen Deutschland im Rückstand geblieben ist. Dieses Problem werde erst in seinem vollen Umfange zu erkennen sein, wenn der Schleier der Inflation gefallen ist. Weiter behandelte er das Standortproblem der saarländischen Wirtschaft, wie es sich aus der wirtschaftsgeographischen Lage des Saargebietes ergiebt. Diese hat sich gegenüber der Vorkriegszeit grundsätzlich verändert. Diese Veränderungen beziehen sich vor allem auf die Absatzmöglichkeiten der Saarwirtschaft auf ihrem bisherigen natürlichen Absatzgebiet, Süddeutschland. Die Veränderungen, die die Absatzmöglichkeiten des Saargebietes nach Süddeutschland erfahren haben, sind künstlerischer Natur und dadurch entstanden, daß andere Konkurrenz-Wirtschaftsgebiete, vor allem das wichtigste, das Ruhrgebiet, Verbilligungen ihres Frachtweges in dieses Absatzgebiet erhalten haben, während für das Saargebiet eine Verschlechterung der Frachtlage eingetreten ist. Diese künstlichen Maßnahmen sind die gegen früher veränderte Tarifpolitik der Reichsbahnen und der Umstand, daß dem Hauptkonkurrenzgebiet, der Ruhr, gegen früher in verstärktem Umfange der Wasserweg zur Verfügung steht, ein Umstand, der in naher Zukunft durch den Ausbau des süddeutschen Wasserstraßennetzes noch verstärkt wird. Die ungünstigere Stellung, die das Saargebiet frachtlich nach Süddeutschland hat, ist durch die Kursentwicklung der letzten Zeit der Saarwirtschaft schon deutlich fühlbar geworden. Hierzu tritt der Qualitätsunterschied zwischen Saarkohle und Ruhrkohle. Für die Erzeugnisse der Eisenindustrie des Saargebietes liegen die Verhältnisse ähnlich. Ganz besonders macht sich der Unterschied gegenüber früher bei der Schwerindustrie in den groben Erzeugnissen bemerkbar. Daß diese ungünstige Frachtlage in der abgelaufenen Zeit noch keine Bedeutung für den Absatz des Saargebietes erlangt und keine Beschränkung desselben herbeigeführt hat, liegt lediglich an der Inflation.

Was die Frage des Absatzes nach Frankreich und dem übrigen Ausland betrifft, so ist daran zu erinnern, daß Frankreich — während es noch heute von dem Kohlenabsatz des Saargebietes rund 55 Prozent aufnimmt — 33 Prozent bleiben im Saargebiet, der Rest geht in das Ausland, nach dem deutschen Zollinland geht heute so gut wie gar nichts, — vor dem Krieg einschließlich Elsaß-Lothringens 18,8 Prozent der saarländischen Erzeugung aufgenommen hat. Rund 10 Prozent gingen auch damals in das übrige Ausland, während das jetzige Zollinland 33 Prozent aufnahm. Der Redner glaubt nicht, daß Frankreich auf die Dauer sehr viel mehr als die früheren rund 19 Prozent abnehmen wird. Dabei ist zu beachten, daß die Kohlenerzeugung Frankreichs einschließlich Elsaß-Lothringens 6 bis 7 Millionen Tonnen größer ist als vor dem Krieg. (Die erwähnten 19 Prozent Saargebietserzeugung machen 2,3 Millionen aus.) Ferner trifft die Saarkohle in Lothringen immer auf die Konkurrenz der Ruhrkohle. Diejenigen Absatzgebiete in Frankreich aber, in die man, begünstigt durch die Valuta sowohl hinsichtlich des Kohlenpreises als hinsichtlich der Fracht, die Saarkohle als Konkurrenz der englischen Kohle hineinbringen konnte, werden bei einer Stabilisierung niemals zu halten sein, ganz abgesehen davon, daß bei der Stabilisierung und Rückgliederung kein Anlaß wie heute besteht, zum Schutz der französischen Valuta die englische Kohle zugunsten der Saarkohle künstlich zu verdrängen. Für die Kohlen wird auf die Dauer ein erweitertes Absatzgebiet nach Frankreich über den Vorkriegsbestand hinaus in keinem nennenswerten Umfang zu erwarten sein. Für die Industrie des Saargebietes ist durchgängig die Lage nach Westen noch ungünstiger. Die Saarindustrie liegt für den Absatz nach Frankreich so peripher wie möglich. Besonders gilt das für die größte Industrie, die Eisenindustrie, der auf dem Weg zu dem Absatz in Frankreich ein anderes Erzeugergebiet, Lothringen, vorgelagert ist. Dieses Gebiet sitzt auf dem Erz und auf der Kohle, während man im Saargebiet erst das Erz hinfahren muß, um nachher das Eisen an den dortigen Erzeugungsstätten vorbei in die französischen Absatzgebiete zu leiten. Nach Westen besteht also im Gegensatz zum Osten für das Saargebiet kein natürliches Absatzgebiet. Es ergibt sich also zusammenfassend, daß lediglich die Wiedergewinnung des natürlichen Absatzgebietes im Osten durch Ausgleich der künstlichen Veränderungen möglich erscheint, wenn anders man nicht die ganze Wirtschaft des Saargebietes zugrunde gehen lassen will. Damit kam der Redner zu der Forderung einer Verbesserung und Verbilligung der Verkehrsmöglichkeit des Saargebietes mit seinem süddeutschen Absatzgebiet durch Erstellung eines Saar-Pfalz-Kanals, der Forderung, die in der denkwürdigen Sitzung vom 8. Oktober 1926 unter Zustimmung sämtlicher Bevölkerungskreise des Saargebietes erhoben worden ist.

Assessor Teßmar behandelte dann in seinem Thema die Fragen, die sich bei der Rückgliederung für die Saarwirtschaft vom Gesichtspunkt des Arbeitgeberverbandes aus ergeben. So schwerwiegende Fragen sich daraus ergeben mögen, so sind sie nach seiner Auffassung dennoch lösbar, wenn die gesamte Wirtschaft des Saargebiets, also auch die Angestellten und Arbeiter, mit beiden Beinen auf dem Boden der harten Tatsachen stehen bleiben. Deshalb würden alle diese Sorgen von der einen großen Frage überlagert: Wie kommt der Unternehmer, wie kommt besonders der Arbeitgeber im Saargebiet zu einem besseren Verhältnis zu seinem Arbeitnehmer. Der Redner glaubt trotz aller gegenteiligen Einzelerscheinungen eine gewisse Besserung dieses Verhältnisses feststellen zu können. Wer Verständigungspolitik treiben wolle, möge die Voraussetzungen der Verständigung erkennen, möge real zu denken vermögen, möge verstehen, sich in den Gedanken-, Ideen- und Wunschkreis des Partners zu versetzen. Es sei notwendig, daß durch Wiedergewinnung des gegenseitigen Vertrauens die Luft gereinigt wird. Hierzu sei Voraussetzung, daß man sich gegenseitig Achtung zollt. Solange aber auf Arbeitgeberseite

noch Auffassungen existieren, als ob der Arbeiter nur derjenige sei, der einzig und allein danach strebe und trachte, möglichst wenig zu arbeiten und möglichst viel zu verdienen, solange es Arbeitgeber gebe, die Herrentum und Führertum für identische Begriffe halten und demgemäß die Arbeitnehmer als Menschen zweiter Klasse betrachteten, solange könne man von den Arbeitern keine freundlichen Gefühle, kein Vertrauen erwarten. Einzelerscheinungen auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite sollten aber nicht verallgemeinert werden, weil das dazu führen müsse, den Rest von Achtung und Vertrauen zu zerstören. Er verlangte deshalb Beseitigung des Giftes der Herabsetzung in Wort und Schrift. Der Unternehmer achte in seinem Angestellten und Arbeiter den selbstverantwortlichen Menschen, den mitverantwortlichen Bürger des Staates und den mitinteressierten Mitarbeiter; der Angestellte und Arbeiter aber achte in dem Unternehmer den kraft seiner Vorbildung, seines Wissens und seiner Erfahrung berufenen und dem rastlos um die Förderung der Wirtschaft, als den gemeinsamen Interessen besorgten Führer und Berater. Folgerichtig achte der Unternehmer auch das Recht seiner Arbeitnehmer, sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen und anerkenne auch die Gewerkschaften als die Vertreter derjenigen, die von diesem Recht Gebrauch gemacht haben. Nachdem Assessor Teßmar noch den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft, der Werksgemeinschaftsarbeit berührt hatte, bekannte er sich zu dem Vertrauen, daß das große Ziel der Verständigung der Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern erreichbar sei, wenn es auch ein langer Weg sei. Wenn er begangen würde, so geschähe es schließlich nicht nur zum Wohle der Wirtschaft, sondern zum Wohle des gesamten deutschen Volkes und damit der Menschheit.

Die wirtschaftliche Zukunft der Saargruben.

Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich die „Saarbrücker Zeitung" in Verbindung mit dem in letzter Zeit in der Oeffentlichkeit viel erörterten Rückkauf der Saargruben mit der Frage, wie sich wirtschaftlich die Zukunft für die Saargruben gestalten würde. Der Verfasser des Artikels glaubt, daß über kurz oder lang im Saarbergbau eine schwere Krise zum Ausbruch kommen muß, da das Absatzproblem der Saargruben noch keineswegs geklärt ist. Es wird befürchtet, daß diese Absatzkrise noch vor der Rückgliederung des Saargebiets nach Deutschland zum Ausbruch kommen müsse angesichts der saarländischen Kohlenpreisentwicklung. Dieser Zeitpunkt werde erreicht, wenn die englische Kohle nach dem soeben beendeten Bergarbeiterstreik in England wieder in größerem Umfange auf dem französischen Markt erscheint und die Saarkohle stark zurückdrängt. Die französische Bergverwaltung werde sich, falls nicht schon vorher die bessere Einsicht siegen sollte, zweifellos zu Preisnachlässen genötigt sehen.

Damit wird die Rentabilitätsfrage angeschnitten, wozu der Verfasser unter anderem folgendes ausführte:

Im gegenwärtigen Augenblick, wo für Saarkohle etwa 35 % mehr aufgewandt werden müssen als für Ruhrkohle, ist diese Frage ganz besonders aktuell. Rein gefühlsmäßig wird man sagen können, daß bei dem jetzigen Stande der Kohlenpreise und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die ganze saarländische Kohlenförderung ohne große Schwierigkeiten untergebracht werden kann, die Saargruben noch sehr gut rentieren. Man wird sogar sagen können, daß die Bergverwaltung durchaus in der Lage wäre, in Anpassung an die Währungslage auch eine beträchtliche Herabsetzung ihrer Preise vorzunehmen, ohne daß dadurch die Rentabilität verlorenginge.

Die zum wesentlichen Teile auf den Absatz nach Deutschland eingestellte Saarindustrie ist ihrerseits auf die Dauer nicht in der Lage, erheblich höhere Kohlenpreise zu zahlen als ihre deutsche Konkurrenz. Es müßte daher schon eine Kohlenpreisermäßigung um mindestens 30 % erfolgen, wenn die Konkurrenzfähigkeit der Saarindustrie erhalten bleiben soll. Wenn man die Dinge objektiv betrachtet, wird man mangels diesbezüglicher Unterlagen wiederunm gefühlsmäßig sagen können, daß bei einer derartigen Preisermäßigung die Saargruben nicht nur unrentabel werden, sondern sogar nicht unerhebliche Zuschüsse erfordern würden. Die saarländische Bergbaupolitik hat also das Ergebnis gezeitigt, daß die Verwaltung mit Weltmarktpreisen — auf die sie schließlich ihre Preise wird absenken müssen, wenn auf dem Weltmarkt wieder eine normale Lage eingetreten ist — finanziell nicht mehr auskommen kann!

Man fragt sich, wie sich eine derartige eigenartige Lage ergeben konnte. Die Weltkohlenkrise, die besonders seit Ende 1924 verstärkt in die Erscheinung getreten ist, ist bisher an dem Saargebiet dank der Frankeninflation spurlos vorübergegangen. In Deutschland hat man sich durch scharfe Rationalisierungsmaßnahmen weitgehendst gegen die Auswirkungen dieser Krise gesichert. In England beschritt man zunächst den Weg der Staatssubventionen, bis dann in diesem Frühjahr die Krise in dem Augenblick akute Formen annahm, als der Staat die Subventionsmaßnahmen einstellte. Dem Zwange der Verhältnisse Rechnung tragend hat man sich jetzt, wenn auch reichlich spät, auch in England zu umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen entschlossen.

Und im Saargebiet? Die Periode der Frankeninflation gehört der Geschichte an; an Nationalisierung aber hat man bisher im Bergbau noch nicht gedacht. Es kann daher nicht wundernehmen, wenn jetzt die Saargruben gegenüber ihrer Konkurrenz stark ins Hintertreffen geraten. Wie stark dies schon jetzt in die Erscheinung tritt, zeigt folgende Gegenüberstellung der Förderleistung je Kopf und Schicht an Ruhr und Saar:

	Ruhrgebiet	Saargebiet	weniger an der Saar	
1913 . . .	943 Kg.	803 Kg.	140 Kg.	15,0 %
1924 . . .	858 Kg.	708 Kg.	150 Kg.	17,5 %
1925 . . .	946 Kg.	675 Kg.	271 Kg.	29,0 %
Okt. 1926 . . .	1166 Kg.	683 Kg.	483 Kg.	41,5 %

Während an der Ruhr besonders seit Beginn der Rationalisierung im Jahre 1924 die Förderleistung gegenüber 1913 um 24 % gestiegen ist, stagniert die Leistung an der Saar seit 1924 um etwa 15 % unter Friedensstand. Was diese Zahlen unter allen Umständen beweisen ist die Tatsache, daß sich die Lage des Saarbergbaus gegenüber dem Ruhrbergbau ganz erheblich verschlechtert hat, auch wenn jetzt nach Beendigung des englischen Streiks an der Ruhr wieder in gewissem Umfang ein Absinken der Förderleistung eintreten sollte. Das starke Zurückbleiben der saarländischen Leistungsziffern dürfte in der Hauptsache auf die Desorganisation der Verwaltung und die Folgen der Raubbauwirtschaft zurückzuführen sein.

Es bedarf keiner Frage, daß diese Verschlechterung der Lage für den Saarbergbau eine ernstliche Gefahr bedeutet. Es muß daher alles aufgeboten werden, um dieser Gefahr rechtzeitig zu begegnen. Selbstverständlich liegen die Verhältnisse im Saarbergbau so durchaus anders, daß man kaum nach den gleichen Grundsätzen wie an der Ruhr rationalisieren könnte. Es muß zugegeben werden, daß die Saargruben ein viel undankbares Feld für die Rationalisierung sind als die Ruhrgruben. Trotzdem aber wird man auch im Saargebiet an der Rationalisierung nicht vorbeikommen; denn die Verhältnisse zwingen dazu. Je eher dieser unvermeidliche Eingriff erfolgt, desto geringer werden die sich daraus ergebenden Erschütterungen sein. Selbstverständlich darf man dabei auch vor einer Rationalisierung der Verwaltung nicht zurückschrecken.

Man wird allerdings bezweifeln müssen, ob die Bergverwaltung zu solchen Maßnahmen die Initiative ergreifen wird. Man wird vielmehr erst einmal abwarten, bis die Krise tatsächlich da ist. Das wird dann bedeuten, daß sich die Lage so entwickelt, wie oben bereits angedeutet, daß der französische Staat laufend große Zuschüsse zu den Saargruben wird leisten müssen, wenn er die Saarkohlenförderung noch absetzen will, oder aber daß man die Förderung stark beschränken wird. Die Folgen würden dann für die Saarwirtschaft verheerend sein. Vielleicht aber wird sich dann der französische Staat mehr als jetzt geneigt zeigen, die Saargruben wieder an Deutschland zu verkaufen.

*

Daß sich das französische Privatkapital in der Saarindustrie auf eventuelle politische Neugestaltungen an der Saar langsam einrichtet, ergibt sich aus der folgenden Mitteilung:

Die an eine französische Privatgesellschaft verpachtete Saargrube Frankenholz schloß nach der soeben durch die Generalversammlung genehmigte Bilanz ihr Geschäftsjahr 1925 mit einem Reingewinn von 668 967 Franken ab. Es kommt daraus eine Dividende von 12 % zur Verteilung, während die beiden Vorjahre dividendenlos blieben, während die beiden ersten Betriebsjahre die Ausschüttung einer Dividende von 20 % ermöglichten. Laut Verwaltungsbericht wurde ein neues Flöz mit einer Gesamtdicke von 3,40 Meter Kohle in mehreren Bänken entdeckt, das im Laufe des Jahres 1927 ausgerichtet werden soll. Laut weiterer Mitteilungen des Verwaltungsberichts hat der französische Staat, durch einen Zusatz zum ursprünglichen Vertrage zwischen der A.-G. und dem französischen Staat, unterm Datum des 29. Dezember 1925 und mit Rückwirkung vom 1. Januar 1925, es „für billig erachtet, der besonderen Lage der Kohlenindustrie im Saargebiet Rechnung zu tragen und gewisse Verbesserungen der Ertragsmöglichkeit der neuerdings investierten Kapitalien zu gewähren, sowie die Rückzahlung des Einrichtungskapitals zu garantieren, falls, sei es infolge Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, sei es infolge Wechsels der politischen Regimes im Saargebiet der Pachtvertrag von der einen oder anderen Seite vorzeitig aufgekündigt würde." Als Gegenleistung für diese Vergünstigung entrichtet die A.-G. für die Jahre, wo der Betrieb Ueberschüsse bringt, 60 % des Mehrgewinns. Schließlich wird mitgeteilt, daß die Verwaltung für den Fall, daß die von ihr im Saargebiet eingeleiteten Verhandlungen das Ziel einer Verbesserung ihrer Finanzlage erreichen würden, eine ausnahmsweise Gewinnverteilung aus den Ergebnissen des laufenden Geschäftsjahres vornehmen würde.

Kleine politische Umschau.

Noch immer französische Propagandakonzerte im Saargebiet.

Wie aus einer Auslassung der „Neunkirchener Volkszeitung" hervorgeht, setzt die französische Grubenverwaltung ihre Versuche, die saarländische Bevölkerung für französische Kultur einzufangen, fort. Zur französischen Kulturpropaganda gehört schon seit langem die Veranstaltung sogenannter Sinfoniekonzerte, zu welchen die jeweilig beteiligte französische Berginspektion private Einladungen ergehen läßt. Die Auswahl der einzuladenden Besucher wird nach ganz bestimmten Gesichtspunkten getroffen. An erster Stelle rangieren natürlich die französischen Grubenbeamten und die sonstigen Angehörigen der französischen Kolonie. Es folgen dann die im Abhängigkeitsverhältnis stehenden Bergbeamten, an 3. Stelle vereinzelte deutsche Gewerbetreibende aller Art, die, wie das Neunkirchener Blatt mit beißender Ironie feststellt, „immer noch der alt saarabischen aber irrigen Auffassung sind, eine geschäftliche Verbindung mit der Grube verpflichtet zu Gegenleistungen, die nicht auf geschäftlichem Gebiete liegen." Der Rest der Teilnehmer setzt sich zusammen aus solchen Leuten, „die gern ein Konzert kostenlos schnorren während sie bei anderen Konzertveranstaltungen deutschen Charakters fast nie zu sehen sind". An den rein französischen Propagandacharakter dieser sogenannten Sinfoniekonzerte ändert auch die Tatsache nichts, daß die das Konzert ausführenden Musiker in der Hauptsache aus braven deutschgesinnten Bergmusikern bestehen und daß die musikalischen Leiter dieser Veranstaltungen gute Deutsche sind. Sie stehen wie die Musiker unter dem Zwang der gegenwärtigen Verhältnisse auf den Saargruben, die sie nicht zu ändern in der Lage sind, und denen sie zwangsläufig sich fügen müssen. Dadurch wird aber der Charakter dieser Konzertveranstaltungen als auf kulturellem Gebiet liegender französischer Propagandamittel im Saargebiet nicht aus der Welt geschafft, die von der überwältigenden Mehrheit der musikalischen Bevölkerung des Saargebiets mit allem Nachdruck abgelehnt werden.

Arbeitskammer und Wirtschaftskrise.

Die Arbeitskammer für das Saargebiet beschäftigte sich in ihrer Vollversammlung am 9. Dezember unter anderem mit Fragen, wie sie sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung im Saargebiet ergaben. Vor allem waren es Fragen der Teuerung, die die Unzufriedenheit weiter Arbeitnehmerkreise des Saargebiets immer aufs neue hervorrufen. Man fordert von der Oberpreisprüfungskommission, daß sich diese etwas aktiver ihren Aufgaben widmet, die auf dem Gebiet der Warenpreisgestaltung liegen, und die nicht immer mit der Besserung des Franken Schritt hält. In der Frage der Erhöhung der Erwerbslosenhilfe wurde beschlossen, der Regierungskommission dringend die ernstliche Prüfung dieser Frage zu empfehlen. Wie die Saarbrücker Zeitung in ihrem Bericht feststellt, platzten die Meinungen in der allgemeinen Aussprache über die Wirtschaftsfrage deshalb besonders scharf aufeinander, weil man die Ueberzeugung von dem Beginn einer Wirtschaftskrise mit allen ihren Bedenken und Begleiterscheinungen hatte.

Aus den sachlichen Verhandlungen ist hervorzuheben, daß der Verordnungsentwurf der Regierungskommission zur Neuregelung des Arbeitsnachweiswesens im Saargebiet verabschiedet wurde. Es handelt sich hier um eine Regelung, die sich stark an das Vorbild im Reich anlehnt. In der Frage der Regelung des Berufsschulwesens für das gesamte Saargebiet wurde in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß die Kammer die beabsichtigte Regelung der Materie im Interesse des weiteren Ausbaues des Berufsschulwesens begrüßt und ihre baldige Erledigung wünscht. Die Stellungnahme der Kammermitglieder ergebe sich aus den schriftlich niedergelegten Meinungen zu den einzelnen Bestimmungen. Besonderen Anlaß zu eingehenden Aussprachen gab im Plenum und in der zuständigen Kommission die Absicht, Bezirksberufsschulen einzuführen, den obligatorischen Religionsunterricht in den Lehrplan hineinzunehmen und die Stellung der Werksschulen im Rahmen der Verordnung. Die Bezirksschulen werden wegen ihrer unbestrittenen Vorzüge gegenüber kleinen Ortsschulen begrüßt und gefordert. Die freien Gewerkschaften wenden sich scharf gegen den Religionsunterricht. Die Arbeitgeber halten eine weitere Ausdehnung der Schulzeit für unmöglich. Da sie sich zusammen mit den meisten Arbeitnehmervertretern gegen eine Beschränkung des beruflichen Unterichts wenden, bleibt nur noch die Möglichkeit der Einführung des Religionsunterrichts als Zusatzunterricht übrig. — Die Arbeitnehmer-Kammermitglieder halten die vorgesehenen Bestimmungen über die Werksschulen für ungenügend, um eine ausreichende Mitwirkung der Arbeitnehmer beim Auf- und Ausbau, sowie bei der Verwaltung dieser Schulen zu bekommen. Das letzte Wort zu diesem Verordnungswerk ist noch nicht gesprochen. Der Landesrat wird sich sicherlich noch recht eingehend mit ihm beschäftigen.

Zur Regelung des Ladenschlusses im Saargebiet wurde ein vorliegender Entwurf der zuständigen Kommission zur beschleunigten Bearbeitung überwiesen.

Deutsche Saargängerhilfe an der Saar.

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete hatte in einem Antrag an die Reichsregierung erweiterte Hilfsmaßnahmen für die Saargänger verlangt. Dieser Antrag hat auch die Unterstützung des Plenums gefunden, womit dieser rechtskräftig geworden ist. Der Antrag an die Reichsregierung hat folgenden Wortlaut:

I. Zur Linderung der Not der Frankenlohnempfänger folgende erweiterte Maßnahmen zu treffen:

1. Die Richtlinien des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete vom 23. 6. 1926 für die Unterstützung der sogenannten Saargänger sind dahin zu ändern, daß die Arbeitnehmer mit einem landwirtschaftlichen Betriebe von über 15 Morgen ertragsfähigem Grundbesitz in der Regel von der Unterstützung ausgeschlossen bleiben.

2. Die Versprengten, d. h. Arbeitnehmer, welche rechtsrheinisch wohnen und am 1. Mai 1926 Frankenlohnempfänger waren, werden in die Betreuung einbezogen.

3. Die Auszahlung der Unterstützung soll durch die Länder in der letzten Woche des Monats erfolgen. Für den Monat Dezember soll die Auszahlung der Rate mindestens eine Woche vor dem Weihnachtsfest stattfinden.

4. Um die Auszahlung der Unterstützung an Nichtbefugte sowie sonstige Mißstände zu verhindern, sollen Vertrauensleute der Frankenlohnempfänger im Benehmen mit den Arbeitnehmerorganisationen hinzugezogen werden.

5. Die Auszahlung des Bargeldes soll auch für die Krankheitstage erfolgen.

6. Arbeitnehmer mit einem Nebenverdienst sollen entsprechend den Richtlinien von der Unterstützung ausgeschlossen sein, wenn sich die monatliche Gesamteinnahme der Haushaltung mit einem Kinde auf 140 Reichsmark beläuft. Für jedes weitere Kind erhöht sich die Rente um 15 Mark.

II. Durch Verhandlungen mit der Saarregierung soll eine Angleichung der Sozialversicherung des Saargebietes an die Sozialversicherung des Reiches baldigst herbeigeführt werden.

III. Der Verkauf von Besatzungsgut soll zur Entlastung des gewerblichen Mittelstandes im besetzten Gebiet auch im unbesetzten Gebiet stattfinden.

Preußische Staatsbeamte und Beamtenorganisation im Saargebiet.

Aus Bergbeamtenkreisen wird der „Saarbr. Ztg." geschrieben: In der Nachkriegszeit haben sich alle Stände gewerkschaftlich fester zusammengeschlossen, so auch die preußischen Staatsbeamten. Vor

dem Kriege waren diese Beamten lediglich Verbänden angeschlossen, die mehr kollegialen Charakter und fast ausschließlich den Zweck hatten, die Standesinteressen der betreffenden Kategorie zu wahren, Verbindung mit der betreffenden Behörde zu halten, bildungstechnisch auf die gesamten Mitglieder einzuwirken und dadurch das Standesbewußtsein des einzelnen stärkend und nach außen hin dem ganzen Stande die gebührende Achtung zu erringen. Durch die Abtrennung des Saargebietes von Preußen, durch die dadurch hervorgerufene Entstehung westlich gerichteten Verbände und durch gewissermaßen zwangsläufige Auflösung der alten Vereinigungen traten die Staatsbeamten in die führenden Organisationen ein. Einesteils einem dringend scheinenden Bedürfnis Rechnung tragend, anderenteils um zu bekunden, daß sie nicht den westlich gerichteten Verbänden angehören. Die wirtschaftliche Lage der auf Wunsch der preußischen Regierung im Saargebiet verbliebenen Beamten hat sich aber leider aus gewissen Gründen dadurch arg verschlechtert. Das Ansehen des Staatsbeamtentums nach außen hin hat gelitten. Die Standesdisziplin, die sich andere Gruppen erhalten haben, ist zum Teil verschwunden und das Verhältnis zu den vorgesetzten Behörden in Preußen ist teilweise getrübt. Heute herrscht unter dem Rest der im Saargebiet verbliebenen Staatsbeamten ein derartiger Zwist, der, wenn er noch lange anhält, den ganzen Stand auf eine Stufe bringt, von welcher es kein Erheben mehr gibt. Die Beamten einer Kategorie, welche die gleichen Wünsche und Beschwerden haben, sind verschiedenen Organisationen angegliedert, die in ihren Grundsätzen einander zuwiderlaufen. Andere Beamte sehen teilnahmslos zu und sind nirgends angeschlossen. Und gerade jetzt, wo die Frage der Rückkehr des Saargebietes an Preußen akut zu werden scheint, tut vor allem ein allgemeiner Zusammenschluß, ohne Rücksicht auf Partei und Weltanschauung, dringend not, denn die Staatsbeamten wollen nicht mehr und nicht weniger als das, was infolge der Zersplitterung verloren gegangen ist, wiederhaben.

Die Moselkanalisierung im Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Der Preußische Landtag hat einem Ausschußantrag zugestimmt, in der die Reichsregierung ersucht werden soll, den Plan der Schiffbarmachung von Saar und Mosel in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung aufzunehmen. Die preußische Regierung wird ersucht, dem Plan die weitgehendste Förderung angedeihen zu lassen.

Kleine Tageschronik.

Die Saargebietswohlfahrtsmarken.

Wie wir bereits meldeten, hat die saarländische Postverwaltung einen Satz Wohlfahrtsmarken herausgebracht, die nach übereinstimmendem Urteil weiter philatalistischer Kreise wohl zu den schönsten und zweckentsprechendsten aller bisherigen Wohlfahrtsmarken zu rechnen sein dürften. Ihre technische Herstellung ist ganz hervorragend und auch in künstlerischer Beziehung dürfen sie als wohlgelungen bezeichnet werden.

Ueber die einzelnen Marken ging der „Saarbrücker Zeitung" eine Zuschrift zu, der wir die folgenden Angaben entnehmen:

In zartem Magenta zeigt die Marke zu 20 Cts. das Bild des Blinden mit Führerhund. Ein längst gewohnter Anblick aus dem täglichen Straßenleben. Das Licht wirkt auf den Blinden schmerkhaft. Er hält die Hand schützend vor das Auge. Seelisches Leid, körperlicher Schmerz. Vielleicht hat er dem Vaterland das schwere Opfer gebracht, das ihn mit tiefer Nacht umgab. Jetzt ist ihm der Strahl des Lichtes gar zum Weh geworden. Deshalb trugen Blinde früher ja bekanntlich grüne Schutzbrillen oder Mützenschirme.

Die Marke zu 40 Cts. führt in ein Spital. Sorglich bemüht sich die Pflegerin um den Kranken. Mehr als Teilnahmslosigkeit liegt auf den Zügen des Patienten. Da haben Kummer und Sorgen ihre Furchen gezogen. Er will die rauchenden Schlote nicht sehen, die der Blick durch das Fenster vermittelt. Sie sind ihm vielleicht zum Verhängnis, zur Krankheit oder gar zum Unglücksfall geworden. Jetzt mag er sich hineingrübeln in die furchtbaren Gedanken, daß das Krankengeld nicht reicht, um so und soviele hungrige Mäuler zu stopfen. Daheim weiß er das graue Elend: In der Mietswohnung vielleicht einen unbarmherzigen Hauswirt, in der Notwohnung Hilflosigkeit und Verzweiflung, in der dunklen Stube, in der die Gesichter bleicher und bleicher werden. Ja, was sagt nicht alles so eine kleine Briefmarke. Gibt sie nicht noch mehr des Nachdenkens auf? Ermahnt sie nicht, über eigenen kleinlichen Sorgen der viel größeren Not leidgepeinigter Mitmenschen eingedenk zu bleiben?

Die Marke in Orange zu 50 Cts. wirkt etwas freundlicher. Es sind die kleinen Burschen, die man aus der Großstadtluft, aus dem düsteren Hinterhause und der feuchten Kellerwohnung, wohin niemals die Sonne reicht, herausgezogen und zur Genesung in die Sommerfrische sandte. Jetzt baden sie im Gesundborn, trinken heilkräftige Wasser aus frischem Quell, trinken Licht und Sonne in ihre unterernährten Körperchen Dann sind sie wieder für einige Zeit gefeit gegen den Würgengel, der ihnen so tückisch lauert, — die Tuberkulose. Da gibts viel zu helfen — viel gut zu machen!

Die schönste Postbriefmarke des Saargebiets ist jedoch die Wohlfahrtsmarke zu 1,50 Fr. geworden. Eduard v. Gebhard, der Düsseldorfer Meister, hat das köstliche Bild der Mutter mit dem Kinde gemalt. In kräftigem Blau kommt es bis in die kleinsten Einzelheiten zur Geltung. Was liegt da nicht für ein Gottvertrauen, ein zuversichtliches Hoffen in dem Angesicht der jugendlichen Mutter. Ein wahrhaftes Gedicht auf die Mutterliebe. Und das kleine Würmchen? — Ob es am Leben bleibt? — Welche Leidensschule es auch immer gehen wird, vorläufig bleibt das Leben des Kindes die Sorge der Allgemeinheit. Mutterfreude — Mutterleid, wie liegen sie so nahe zusammen. Eine soziale Aufgabe von weittragender Bedeutung wird hier dem stillen Beschauer inne. Es sind Menschheitsaufgaben, Aufgaben der Nationen.

Saarbrücken: Für die Kriegergräber auf dem Ehrenfriedhof sind von der Regierungskommission 70 000 Fr. zur Verfügung gestellt worden. Davon sollen 56 000 Franken für Grabsteine und 14 000 Franken für Anpflanzungen Verwendung finden.

Der Turnverein Saarbrücken 1848 hat Sonntag, den 5. Dezember, seine zweite Turnhalle feierlich eingeweiht. Der Verein hat, wie die „Saarbrücker Zeitung" hervorhebt, den Mut besessen, dem Mangel an Turnraum in Saarbrücken durch Vergrößerung der im Jahre 1908 vollendeten alten Halle nach Möglichkeit abzuhelfen. Der durch den Anbau gewonnene Turnraum beträgt 170 Quadratmeter, wozu noch die für turnerische Zwecke verwendbare 80 Quadratmeter große und modern eingerichtete Vorführungs- und Festbühne kommt. Mit der alten Turnhalle stehen jetzt insgesamt 634 Quadratmeter Turnraum zur Verfügung. Die neue Halle ist von der alten durch eine etwa 100 Quadratmeter große Elektroschauhalle getrennt, die in dieser Größe bisher noch nie in Anwendung gekommen ist. In seiner Weiherede erinnerte Gauvertreter Burk an die Worte, die der inzwischen verstorbene Kreisvertreter Schmuck gelegentlich der Weihe der alten Halle im Jahre 1908 gebrauchte: „Möge dieses Haus ein deutsches Haus sein für alle Zukunft und mögen alle, die sich in diesem Hause zusammenfinden, beseelt sein von dem idealen Jahnschen Turnergeist." Mit dem gleichen Spruche wolle auch er das neue Haus weihen, das nicht nur eine Stätte der turnerischen Ertüchtigung, sondern auch ein Hort für das kulturelle Leben Saarbrückens sei. Ohne Unterschied des Standes und der Konfessionen könnten sich alle Volksgenossen zur Arbeit an Volkstum und Vaterland in ihm zusammenfinden.

Bürgermeister Dr. Neikes überbrachte die Glückwünsche der Stadt Saarbrücken und des Stadtamtes für Leibesübungen. Wer heute die Halle mit ihren gewaltigen Dimensionen sehe, der müsse sagen: Hut ab vor dieser großartigen Leistung des 48er Turnvereins! Ueber der Eingangstür müßten die Worte stehen: Selbst ist der Mann! denn fast ausschließlich aus eigener Kraft habe der Verein dieses große Haus erstellt. Die Durchführung sei ein Beweis für den Mut, die Tatkraft und das Selbstvertrauen der Männer des Vereins. Der Bürgermeister unterstrich dann die Bedeutung der turnerischen Bestrebungen, die durch den Bau in Saarbrücken einen starken Impuls erhielten, und stellte unter allgemeiner Zustimmung den Grundsatz auf: Alles was Beine habe, gehöre von Rechts wegen in die Turn- und Sportvereine. Der Redner schloß mit dem Wunsche auf eine frohe, stolze Zukunft des Turnvereins von 1848.

Der kürzlich an Stelle des verstorbenen Schulrats Schmuck gewählte Kreisvertreter Pfeiffer-Wetzlar sprach im Namen des Mittelrheinkreises und der Deutschen Turnerschaft dem Verein die herzlichsten Glückwünsche aus. Er habe sich gefreut, zur Vornahme seiner ersten Amtshandlung ins Saargebiet reisen zu können, dessen Turner sich mit dem Reich und der Turnerschaft so innig verwachsen fühlten. Er sei gerne Dolmetsch für alles das, was rechts des Rheines für das Saargebiet gesagt, gedacht und getan werde. Der stolze Bau zeige, daß es um die Turnerschaft im Saargebiet nicht schlecht stehe und er zeige weiterhin, was Wille, Treue, Liebe zur Sache vermöge. Der

Redner sah die Wurzeln dieses Geistes und dieses Willens in der Einheit von turnerischem und deutschem Wesen. Er schloß mit einem Dank und einer Ermahnung an die Jugend, der Tat der Väter stets würdig zu sein.

Der stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes zur Förderung des Leibesübungen, Dr. Becker, grüßte im Namen dieses Verbandes. Stadtschulrat Bongard überbrachte die Glückwünsche der Sängerschaft. Das Haus sei entstanden aus jenem Idealismus heraus, der, wenn man ihn am tiefsten erfasse, sich in zwei Worten zusammenfassen lasse: Trotzdem und dennoch!

Der Verschönerungsverein Saarbrücken St. Johann ließ nach dem auf seiner diesjährigen Hauptversammlung erstatteten Jahresbericht am Himmelfahrtstage nach langen Jahren der Ruhe in Gemeinschaft mit der St. Johanner Turnerschaft den Wald- und Bannbegang wieder aufnehmen. Da dieser die regste Teilnahme der Bevölkerung gefunden hat, so soll der Wald und Bannbegang alljährlich unternommen werden. Dem verstorbenen Ehrenvorsitzenden, Hegemeister Wolters, soll durch Schaffung einer Anlage ein sichtbares Zeichen der Ehrung errichtet werden. Ferner ist die Errichtung eines Befreiungsturms auf dem höchsten Punkt des Schwarzen Berges geplant, für die die Vorarbeiten in dem neuen Arbeitsjahr 1927 aufgenommen werden sollen, damit dieser Turm bis zur Wiedervereinigung mit Deutschland beendet werden kann.

Am 4. Dezember wurde der Erweiterungsbau des Krankenhauses Rastphul in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste eingeweiht. Als Bauleiter und Vorsitzender des Vorstandes gab Architekt Franz Kaiser einen kurzen Rückblick über die Vergangenheit des Krankenhauses: 1901 ein kleines Gebäude mit 25 Betten, 1910 schon 80 Betten und heute ein modernes Krankenhaus nach den Erfordernissen einer fortschrittlichen Medizin eingerichtet. Ueber 220 Betten verfügt man jetzt. Sonderabteilungen bestehen für Orthopädie und Unfallkrankheiten, Chirurgie, Frauenkrankheiten und Geburtshilfe. Die Röntgenabteilung ist nach modernsten Grundsätzen aufgebaut. Eine Sonderheit vor allem: ein großer Zandersaal mit fünfzig Uebungsapparaten.

Nach Architekt Kaiser sprach Geh. Sanitätsrat Dr. med. Maurer als Vertreter der Aerzteschaft. Er vertiefte das von seinem Vorredner Gesagte und wies vor allem auf die Schwierigkeiten hin, die sich ergaben, bis das Krankenhaus Rastphul das war, was es heute ist. Im Namen der Aerzte des Krankenhauses sprach er seinen Dank für das Entgegenkommen aus, das der Vorstand immer gezeigt habe. Auch für die Bevölkerung Saarbrückens dankte er.

Die Verkehrsentwicklung hat auch im Saargebiet eine Gestaltung angenommen, die es notwendig erscheinen ließ, wie in anderen Großstädten so auch für Saarbrücken eine Verkehrsordnung aufzustellen. Mit Genugtuung kann dabei festgestellt werden, daß sich die Saarbrücker Polizeiverwaltung unter ihrem jetzigen Polizeiverwalter Mattern die fortschrittlichen deutschen Verkehrsmaßnahmen, wie dieser es kürzlich bezeichnete, zum Vorbild für die Verkehrsregelung in Saarbrücken genommen hat. Wenn auch für die Stadt Saarbrücken nicht irgendein neues Verkehrssystem schematisch übernommen werden könne, so sei, erklärte er, es dennoch notwendig, die Verkehrsregelung in Saarbrücken dem deutschen System möglichst anzupassen. Von den vorgesehenen Neuerungen sei hier nur hervorgehoben der Plan, die Bahnhof- und Kaiserstraße zu Einbahnstraßen zu gestalten. Alle von Malstatt durch die Trierer Straße kommenden Autos, deren Ziel das Ostviertel und die Richtung Brebach ist, müssen, wenn die Bestimmung rechtsgültig wird, die Bahnhofstraße passieren. Umgekehrt ist als Fahrtlinie für die von Brebach kommenden Autos die Großherzog-Friedrich-Straße und die Kaiserstraße vorgesehen. Um die Schuljugend über die Gefahren des modernen Großstadtverkehrs und über das richtige Begehen der Straße zu unterrichten, hat sich die Polizeiverwaltung mit einem entsprechenden Antrag an die Schulen gewandt. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn in der „Saarbrücker Zeitung" mitgeteilt wird, daß einige Schulmänner einen aufklärenden Verkehrsfilm deshalb abgelehnt hätten, weil es dabei notwendig wäre, die Jugend ins Kino zu führen.

Brebach. In der Nacht zum 9. Dezember entstand auf der Halberger Hütte eine heftige Hochofenexplosion, die mit starken Erschütterungen verbunden war, die sich in der gesamten Umgebung bemerkbar machte. Zum Glück sind keinerlei Personen dabei zu Schaden gekommen.

Güdingen. Der Badewärter Ludwig Simon aus Güdingen hat in den Jahren 1925 und 1926 drei Personen vom Tode des Ertrinkens in der Saar gerettet. Für die tapferen Taten ist dem Badewärter ein Belobigungsschreiben des Präsidenten der Regierungskommission zugegangen. Außerdem wurde ihm ein Geldgeschenk von 300 Franken bewilligt.

Neunkirchen. Einer Anregung des neuen Bürgermeisters Dr. Blank entsprechend, wurde hier ein vorbereitender Ausschuß zur Gründung einer Organisation heimatkundlicher Forschung, umfassend den heimatlichen Kreis, gebildet. Der Bildung dieses Vorbereitungsausschusses gingen einführende Ansprachen über wichtige Organisationsfragen und praktische Betätigung im Dienste heimatkundlicher Forschungen voraus Dr. Mailänder, Saarlouis, wies darauf hin, daß die dem langen Kriege gefolgte politische Zersplitterung und Zerrissenheit nach einem einigenden Boden verlange. Heimatgedanke und Volkstum als ererbtes Gut offenbaren sich in der Volksgemeinschaft, in den Massen. Ein Zusammentreffen aller Volksschichten ist zu erstreben. Der Kampf im Grenzlande Elsaß-Lothringen um die Volksseele um Sprache, und Deutschtum sei vorbildlich für das Saargebiet Die praktische Arbeit schafft Satzungen und stellt der neugeschaffenen Organisation und den einzelnen Ortsgruppen wichtige Aufgaben. Der Volkssprache, den Naturschönheiten der Heimat, Denkmälern u. a. m., ist ein aufmerksames Auge zuzuwenden. Die Arbeitsweise verspricht den Erfolg. Heimatabende mit zweckdienlichen Vorträgen, die das deutsche Lied umrahmen soll, sind zu veranstalten. Die Heimatliebe muß der Beweggrund aller Forschung sein. Die Presse kann der heimatkundlichen Forschung größte Dienste leisten. Die Heimatkunde soll dem Vaterlande dienen und dem Frieden Europas. Dr. Noll verbreitete sich in seinem Vortrag über die großen Aufgaben der in Bonn bestehenden Anstalt für rheinische Heimatforschung. — Oberhalb der Bliesmühle werden zurzeit 4 große Becken errichtet, die der Fischzucht dienen sollen. Alle Arten Fische, selbst Forellen, sollen hier gezüchtet werden, um sie später in die Blies und andere nahe Gewässer auszusetzen. — In der Roheisenbahn am hiesigen Stahlwerk rutschte der 21 Jahre alte Rangierer Kallenbach beim Anhängen eines Wagens von der Lokomotive aus, geriet unter die Maschine, die ihm ein Bein direkt am Oberschenkel abfuhr, so daß er in kurzer Zeit an Verblutung starb. — Der auf dem Neunkirchener Eisenwerk beschäftigte verheiratete Eisenwerkarbeiter August Ullrich gab auf seinen Meister 5 Revolverschüsse ab, ohne diesen jedoch zu treffen. In der Annahme, daß er den Meister erschossen habe, richtete er die Waffe gegen sich selbst und tötete sich auf der Stelle. — Die „Saar- und Blies-Zeitung" meldet aus Höchen: Abends kurz nach 7 Uhr wurde der Schichtmeister der Grube Frankenholz, Karl Collet von hier, etwa 60 Meter von seiner Wohnung in der Münchwieser Straße von vier maskierten Räubern überfallen, niedergemacht, geknebelt und der Kassenschlüssel beraubt. Einer der Räuber blieb bei Collet stehen, während die anderen drei nach der Grube Frankenholz liefen und dort im Kassengebäude über eine halbe Million Franken stahlen. Dann kehrten die drei Einbrecher zu Collet zurück und schafften diesen unter Hilfeleistung des vierten Mannes bis vor die Eicheltalermühle in den Wald, wo sich sofort zwei der Kumpane entfernten, während die zwei anderen noch eine halbe Stunde bei Collet im Walde verblieben und diesen an jedem Versuch, zu entkommen, hinderten. Dann schlugen sich auch diese beiden seitwärts in die Büsche und entkamen. Da alle vier maskiert waren, wurde keiner von Collet erkannt.

Friedrichsthal. Infolge Grubenschäden mußten die Schulsäle des Schulhauses in der Elversberger Straße geräumt werden, wodurch sich schwere Unzuträglichkeiten für einen geregelten Schulbetrieb ergeben haben. Die Schuldeputation hat daher beschlossen, eine Klasse der Schule im Sitzungssaale des Rathauses und die beiden anderen in den Räumen der Berufsschule vorübergehend unterzubringen. Weiter wurde beschlossen, der Grubenverwaltung vorzuschlagen, den Groß'schen Saal sofort anzupachten, um die in der Berufsschule befindlichen Kinder unterzubringen. Es wurde der Beschluß gefaßt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln seitens der Gemeinde gegen die Grubenverwaltung, eventuell auf dem Klagewege vorzugehen, damit diese die Gemeinde für das durch Grubenbau unbrauchbar gewordene Schulhaus genügend entschädigt. — Um die Schulhausnot zu beheben, vertrat man den Standpunkt, in der Bismarckstraße in Friedrichsthal einen Schulhausneubau zu errichten und das Schulhaus in der Hofstraße in Bildstock durch entsprechenden Stockaufbau zu vergrößern.

Eschringen. Ein alter Schulmann, der Lehrer i. R. Ed. Doyer, wurde unter Teilnahme fast der ganzen Bevölkerung und vieler Berufskollegen aus der ganzen Umgegend zu Grabe getragen. Der Verstorbene stand ein halbes Jahrhundert im Dienste der Jugenderziehung.

Illingen. Gemäß Erlaß der Regierungskommission wird vom 1. April 1927 ab der Ortsteil Solch, soweit er bisher zur Gemeinde Illingen gehörte, der Gemeinde Merchweiler eingemeindet. Hoffentlich wird man auch bald dem weiteren Wunsche der Gemeinde Merchweiler Rechnung tragen, daß der übrige dort angrenzende Teil von Wemmetsweiler, einschließlich der Fröhn, demnächst der Gemeinde Merchweiler einverleibt wird, denn die Bewohner dieses Teiles einschließlich der Eisenbahnhäuser bei der Glashütte, stehen in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung seit Menschengedenken mit der Gemeinde Merchweiler in Verbindung.

St. Ingbert. Das Diakonissenhaus St. Ingbert wurde am 5. Dezember in Anwesenheit des Kirchenpräsidenten der Pfälzischen protestantischen Kirchenbehörde eingeweiht. — Der dreistöckige Neubau der Stadtsparkasse ist nahezu vollendet. In den unteren Räumen werden zu ⅔ die Geschäftszimmer der Stadtsparkasse eingerichtet, während das andere ⅓ für die Reichsbanknebenstelle der Filiale Saarbrücken bestimmt ist. — Welch fortschreitende Entwicklung unsere Stadt aufweist, ist an Hand nachstehender Zahlen ersichtlich: Vor 100 Jahren wurden etwa 2000 Einwohner gezählt, nach 40 Jahren schon 5000. Im Jahre 1890 war die Zahl der Einwohner auf das Doppelte gestiegen, während sie sich seitdem nochmals verdoppelt hat, so daß wir am 1. Dezember 1926 rund 21 000 Einwohner zählten.

Frankenholz. Die neue katholische Kirche wird in diesen Tagen im Rohbau fertiggestellt sein. Sie ragt von hoher Beraeswarte weit in die Lande hinaus, und schmiegt sich stilvoll in den Rahmen des Ortsbildes ein. Das ebenfalls fertiggestellte Schiller-Schulhaus soll noch in diesem Monat eingesegnet und mit Beginn des neuen Jahres seiner Bestimmung übergeben werden.

---

s' Saarbricker Herz.*

Wo die Saar ihr Flute wälzt,
Wo dr Pudler Eise schmelzt,
Wo dr Bergmann in der Erd
Kohle grabt for Haus un Herd,
Wohne Herze fescht un stark,
Mensche voll vun Kraft un Mark.
Was das Lääwe aa bringt mit —
's Saarbricker Herz, das fircht sich nit!

Wo for immerdar geweiht
's Land verzeehlt vun großer Zeit,
Wo manch Grab vun manchem Held
Un vun Heldetate meld't,
Do sinn deitsche Herze nur,
Do iß vun Verrot ke Spur,
Do werd nur for Deitschland gebät't —
's Saarbricker Herz iß treiun stät.

Was aa mancher vun uns schwetzt,
Wie aa mancher uff uns hetzt,
Wann aa mancher drauße denkt,
Daß mr ihm die Freindschaft schenkt,
Do ruft laut voll Wut und Schmerz
In die Welt 's Saarbricker Herz:
„Ich sinn deitsch seit alter Zeit
Un bleiwe's bis in Ewigkeit!"

Friedrich Schön.

---

* Anm.: Das Gedicht erschien früher in etwas veränderter Gestalt in der „Woche". Es ist vom Verfasser auch komponiert und ist von der Geschäftsstelle „Saar-Verein" in Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 94, in Originalhektographie des Verfassers zum Preise von 0,50 RM. zu beziehen. Der Ertrag fließt gemäß der Bestimmung des Verfassers ohne jeden Abzug der Geschäftsstelle „Saar-Verein" zu.

Personalnachrichten.

Obermusikmeister a. D. Hans Siebold †.

Die Ortsgruppe Kassel des Bundes der Saarvereine hat durch den Tod des Herrn Obermusikmeisters a. D. Hans Siebold, der fast 30 Jahre lang der Regimentskapelle unseres stolzen Saarbrücker 8. Rhein. Infanterie-Regiments Nr. 70 angehört und seit 1905 dieselbe als Obermusikmeister geführt hat, einen sehr schweren Verlust erlitten. An dem großen Weltkriege hat Herr Obermusikmeister a. D. Siebold im genannten Regiment in ganz hervorragender Weise teilgenommen und sich durch seinen unentwegten Mut und seine vorbildliche Tapferkeit so ausgezeichnet, daß er mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse aus dem Felde heimkehrte, von seiner Familie und seinen unzähligen Freunden in den trüben unvergeßlichen Novembertagen auf das herzlichste begrüßt. Obwohl er sich im Weltkriege ein schweres Leiden zugezogen hatte, verrichtete er in der neuen Reichswehr in dem in Kassel liegenden Infanterie-Regiment Nr. 22 bzw. 15 seinen Dienst weiter, bis er vor etwa einem Jahre infolge der Verschlimmerung seiner Zuckerkrankheit, die ihn an der Ausübung seines Berufes hinderte, gezwungen war, von seinem Posten zurückzutreten. Am Freitag, den 26. November, ist der in Kassel bei der gesamten Bürgerschaft ebenso wie vor dem Kriege in Saarbrücken hochgeachtete und sehr beliebte, aufrechte deutsche Mann gestorben. Wenn sein Tod besonders für die Ortsgruppe Kassel des Bundes der Saarvereine einen schweren Verlust bedeutet, so ist das darauf zurückzuführen, daß Herr Siebold, wie selten jemand, an unserer lieben, kerndeutschen Saarheimat in treuer Liebe gehangen hat. Aus diesem Grunde hielt er es für seine Ehrenpflicht, von der ersten Stunde der Gründung der Ortsgruppe Kassel an sein ganzes Interesse den Bestrebungen des „Saarvereins" zuzuwenden. Er war ein fleißiger Besucher aller Zusammenkünfte und Versammlungen und er beklagte es mit vielen treuen Saarländern und Anhängern des „Saarvereins", daß viele Saarländer für die vaterländischen Bestrebungen des Saarvereins so wenig oder gar kein Interesse hatten. Wo und wann es auch nur sein mochte, war er für die Saarsache zu haben. Ein treues, unermüdliches Mitglied hat der Bund der Saarvereine in dem Dahingegangenen verloren. Manchen edlen musikalischen Genuß hat er der Ortsgruppe Kassel geboten, deren Mitbegründer und verdienstvolles Vorstandsmitglied er gewesen ist. Herr Obermusikmeister Hans Siebold ist seiner Familie ein herzensguter Mann und treusorgender Vater gewesen, der das Alter von nur 53 Jahren erreicht und seine Frau mit zwei Kindern zurückgelassen hat. In seinem alten Infanterie-Regiment Nr. 70 war Herr Siebold, genau wie bei seinem letzten Truppenteil, sehr geachtet und beliebt, und in weiten Bürgerkreisen hat er sich, sowohl in Saarbrücken als auch in Kassel, zahlreiche Freunde und Verehrer erworben. Hohe musikalische Begabung, tiefes Verständnis für die hehre Kunst der alten Kirchenmusik, Liebe zur deutschen Sängersache, eine großes Streben nach Höchstleistungen auf dem Gebiete der Musik und der Männerchöre zeichneten seine Tätigkeit aus. Während seiner Dienstzeit in Saarbrücken darf er sich als besonderes Verdienst nachrühmen, daß er nicht nur in seinen Militärkonzerten, sondern auch bei allen sonstigen musikalischen Veranstaltungen, aber auch in vielen Gesangvereinen hervorragende Leistungen zu verzeichnen gehabt hat, die seinen Namen für immer mit der Geschichte des Musiklebens an der Saar verknüpfen. In der Geschichte vieler Musik- und Gesangvereine in Saarbrücken und in Kassel wird der Name Siebold einen besonderen Platz einnehmen. Die große Teilnahme an seiner Beerdigung zeugte von der großen Verehrung, die sich der Verstorbene in weiten Kreisen in der kurzen Zeit seiner Kasseler Tätigkeit erworben hat. Die Ortsgruppe Kassel des Bundes der Saarvereine nahm in stattlicher Zahl an der Beerdigung teil und legte eine schöne Kranzspende mit Schleife und Widmung an seinem Sarge nieder. Der Männergesangverein 1861 Saarbrücken, hat ebenfalls der letzten Ehrung und Dankbarkeit eine Kranzspende niederlegen lassen. Mit Herrn Siebold ist ein aufrechter deutscher Mann dahingegangen, dessen Herz von glühender Vaterlandsliebe erfüllt gewesen, das aber gebrochen war in jenem Augenblick, als er den Zusammenbruch der einst so stolzen deutschen Armee und die Auflösung des alten, Siebold so liebgewordenen Infanterie-Regiments Nr. 70 miterleben mußte. Zu diesem Schmerze kam seine tiefe Trauer darüber, daß er die liebe Saarheimat infolge der Abtrennung des Saargebiets aufgeben und mit Kassel vertauschen mußte. Saarbrücken war ihm eine neue Heimat geworden, an der er mit jeder Faser seines Herzens hing und tiefer Schmerz erfüllte seine Brust angesichts der Not und des Leids, die über das kerndeutsche Saargebiet gekommen waren. Bis in die Todesstunde galt sein warmes Interesse seiner Saarheimat und der Tätigkeit des „Saarvereins". In der Geschichte des Bundes der Saarvereine soll und wird der Name Siebold einen Ehrenplatz erhalten, da der Verstorbene, wie gesagt, mit Herz und Hand, aber auch mit vollem Verständnis von Anfang an in den Reihen und

an der Spitze derjenigen Männer gestanden hat, die sich im Bund der Saarvereine zur Deutscherhaltung des Saargebiets betätigt haben. Ehre seinem Andenken, er ruhe in Frieden! Th. V.

Ihre goldene Hochzeit feierten die Eheleute Schuhmachermeister Michael Wagner und Frau Barbara geb. Bell in Fischbach, die Eheleute Peter Bohnert und Philipine geb. Stolz in St. Ingbert, die Eheleute Heinrich Matthias Burghard in Püttlingen.

Sein 25jähriges Berufs- und Geschäftsjubiläum konnte am 28. November Schlossermeister Walter Kopp, Saarbrücken 1, begehen. Gelegentlich einer ihm zu Ehren veranstalteten Feier der freien Schlosserzwangsinnung wurde dem Jubilar das Diplom des Reichsverbandes überreicht.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte Regierungsdirektor Pfordt vom Landratsamt Saarbrücken.

Reichstagsabgeordneter Emil Kirschmann, der als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem parlamentarischen Ausschuß des Bundes der Saarvereine angehört, wurde als Oberregierungsrat in das Preußische Ministerium des Innern berufen. Herr Kirschmann wird im Innenministerium das Westreferat übernehmen, und somit in dieser seiner Tätigkeit mehr noch als bisher mit den Fragen des besetzten Westens in Verbindung stehen. Oberregierungsrat Kirschmann ist einer von jenen wenigen parlamentarischen Vertretern, die stets mit regem Interesse und innerem Verständnis auch den Saarfragen seine rege Aufmerksamkeit geschenkt haben. Er hat an den Beratungen des parlamentarischen Saarausschusses auch stets regen Anteil genommen und auf die Entschließungen derselben sachlichen Einfluß ausgeübt. Wir hoffen, daß er auch als Oberregierungsrat den Beratungen des Saarausschusses und somit den Arbeiten des Bundes der Saarvereine sein unvermindertes Interesse widmet. Jedenfalls begrüßen wir, daß er durch seine Berufung in das preußische Innenministerium gerade dem Arbeitsgebiet zugeführt worden ist, dem er sich innerlich, wie seine bisherige Tätigkeit beweist, stets eng verbunden gefühlt hat.

§. Abschiedsfeier für Herrn Direktor Paul Raabe in Homburg. Herr Direktor Paul Raabe, ein geborener Saarbrücker, der nach dem Kriege von der Firma Gebr. Stumm mit der Leitung des Homburger Eisenwerkes betraut wurde, siedelt am 1 Januar nach München über, um die Leitung des in München-Pasing gelegenen Werkes der Gebr. Stumm A.-G. und zugleich die allgemeine Vertretung seiner Firma für Süddeutschland zu übernehmen. Direktor Raabe, der zu jeder Zeit mit großer Treue dem deutschen Interesse seiner Heimat gedient hat, gehörte u. a. auch der ersten historischen Saardelegation an, die sich hilfesuchend nach Genf wandte zu einer Zeit, wo ein solches Unternehmen noch außerordentlich gefährlich war. In Homburg unterstützte Paul Raabe mit unermüdlichem Eifer alle Bestrebungen, die den Interessen der Heimat dienten, so das Turnen und Schwimmen, die Kriegervereins-, Sanges- und Musikpflege und alle Volksbildungsbestrebungen. Der Industrieverband Westpfalz, dessen langjähriger Vorsitzender Paul Raabe war, widmete ihm, wie die „Saarbr. Ztg." berichtet, am vergangenen Samstag eine Abschiedsfeier, bei welchem Anlaß Landrat Riedhammer zugleich im Namen des Bürgermeisters Ruppersberg-Homburg den Scheidenden als treudeutschen Mann und tüchtigen Vertreter öffentlicher Interessen feierte und Regierungsrat Wagner vom Finanzamt ihm für die Förderung aller künstlerischen und idealen Bestrebungen dankte. Raabe war u. a. auch Vorsitzender der Deutsch-Saarländischen Volkspartei in Homburg. Den Bestrebungen des „Saarvereins" hat Herr Raabe stets das größte Interesse entgegengebracht. Er gehörte mit zu denjenigen aufrechten Männern, die in der Tätigkeit des „Saarvereins" nichts Verbotenes und nichts Gesetzwidriges erblickten, sondern die es den ausgewiesenen deutschen Brüdern und Schwestern als ihr gutes Recht zugestanden außerhalb des Saargebiets für die Deutscherhaltung der Saarheimat Aufklärungsarbeit zu treiben. Er nahm es deshalb auch für sein gutes Recht in Anspruch, offen und frei die Tätigkeit des „Saarverein" anzuerkennen. Der Saarverein hat vor Jahresfrist, als Herr Direktor Raabe, welcher Hauptmann der Reserve des Kaiserin-Augusta-Regiments gewesen ist, mit jungen und alten Augustanern aus dem Saargebiet nach Berlin kam, um der Einweihung des Denkmals des Augustaner-Regiments beizuwohnen, die Augustaner in herzlichster Weise in der Reichshauptstadt aufgenommen. So sehr wir den Weggang dieses kerndeutschen Mannes aus dem Saargebiet im Interesse der Deutscherhaltung unserer Saarheimat beklagen müssen, so begrüßen wir andererseits es sehr, daß er als neuen Wirkungskreis München gewählt hat, woselbst er sich in der Landesgruppe Bayern des Bundes der Saarvereine zum Segen unserer Saarheimat weiterbetätigen kann. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf! Die Schriftleitung des „Saar-Freund".

Todesfälle. Saarbrücken: Nikolaus Stöhr, 76 Jahre; Johann Spuhler, 81 Jahre; Frau Elise Hohlweg, geb. Schellenberger, 51 Jahre; Frau Clara Klauß, geb. Ziemann, 75 Lebensjahr; Fräulein Maria Rodermann, Oberlehrerin i. R., 60 Jahre; Heinrich Schank, 75 Jahre; Rudolf Haffner, 20 Jahre; Frau Charlotte Rübsamen, geb. Krafft, 84 Jahre; Witwe Berta Feldbinder, geb. Heinze, 80 Jahre, Frau Walburga Theuerkorn, geb. Lorscheider, 23 Jahre, Conrad Weiland, 63 Jahre; Johann Hoenig, 66 Jahre; Hermann Burgard, 22 Jahre; Fräulein Emilie Herrmann, 27 Jahre; Nikolaus Daub, 40 Jahre. — Fechingen: Frau Jakob Schuppmann, Sophie geb. Lugenbiel, 68 Jahre. — Neuscheidt: Witwe Maria Heinz, geb. Schäfer, 76 Jahre; Frau Daniel Werner, Lina geb. Jung, 29 Jahre. — Karlsbrunn: Adolf Platter, 44 Jahre. — Friedrichsthal: Otto Bohrmann, 35. Lebensjahr. — Neden: Luise Reppert, geb. Honecker, 65 Jahre. — Merchweiler: Johann Schneider, 61 Jahre. — Neunkirchen: Emil Schneider, 31 Jahre; Witwe Georg Mundorf, Katharina, geb. Schmidt, 79 Jahre; Frau Ella Baumhauer, geb. Rosenkranz, 35 Jahre; Wilh. Brabänder, pens. Bergmann, 70 Jahre; Peter Martin, 85 Jahre; Karl Bügler, 70 Jahre; Ludwig Kiefer, 62 Jahre. — Sinnerthal: Frau Philippine Drumm, geb. Glaßer, 74½ Jahre; Frau Ella Baumhauer, geb. Rosenkranz, 35 Jahre. — Ottweiler: Frau Jakob Wachter, Magdalene, geb. Germann, 45 Jahre; Schlossermeister Heinrich Fürst sen., 70 Jahre; Nikolaus Feit, 68 Jahre; Frau Margarete Müller, geb. Bächlein, 39 Jahre. — Wellesweiler: Bergmann August Wagner, 56 Jahre. — Beckingen: Gustav Kallmeyer, 59 Jahre. — Pachten: Frau Bäckermeister Peter Hector, geb. Marg. Lauer, 49 Jahre. — Hüttersdorf: Frau Anna Maria Groß, geb. Reimsbacher, 72½ Jahre. — Ueberherrn: Johann Weiland, 58. Lebensjahr. — Fraulautern: Frau Barbara Fuhr, geb. Fontaine, 49 Jahre. — Saarlouis: Wilhelm Lasky, 82 Jahre; Wilhelm Servet, 59 Jahre; Frau Maria Listemann, geb. Burvenich, 59. Lebensjahr; Gustav Mallet, 47 Jahre. — Felsberg: Frau Peter Rupp, Theresia, geb. Schwarz, 37 Jahre.

Vom Saargrubenbau.

Opfer des französischen Raubbaues. Auf der Schachtanlage Edward geriet der Steiger Theodor Zimmer aus Püttlingen mit dem Kopfe zwischen zwei Förderwagen, so daß er einen lebensgefährlichen Schädelbruch davontrug. — Auf Grube Kamphausen wurde dem 22jährigen Franz Schmitt aus Hüttersdorf durch herabfallendes Gestein ein Bein und ein Arm durchschlagen. Der Schwerverletzte wurde dem Knappschaftslazarett Fischbach zugeführt. — Schwer verunglückt ist auf der Grube Viktoria der Bergmann Franz Peter in Püttlingen, so daß seine Ueberführung ins Knappschaftslazarett erfolgen mußte.

Wiederaufbau verfallender Wohnhäuser. Die französische Grubenverwaltung hat nun endlich zwei in der Saarbrücker Straße in Dudweiler gelegene und dem Verfall preisgegebene Wohnhäuser durch einen Unternehmer wieder wohnlich einrichten lassen. Die Häuser werden auch mit schweren eisernen Schienen gebunden, so daß sie wieder seit einiger Zeit bewohnbar sind. Viel ist damit nicht erreicht, denn der Raubbau unter der Saarbrücker Straße geht weiter, andere Häuser sind schwer bedroht.

Saarwirtschaftsleben.

Stillgelegtes Saarwerk. Die gesamte Belegschaft der Saarwerke in Homburg ist wegen Arbeitsmangel bei sofortiger Entlassung gekündigt worden. Die Mehrzahl der Arbeiter stammt aus dem Zweibrücker Bezirk.

Das deutsch-französische Saarzollabkommen über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet hat die notwendige Zustimmung der beteiligten Regierungen gefunden, so daß das Abkommen mit dem 1. Dezember in Kraft gesetzt werden konnte.

Kreditgewährung an saarländische Handwerker. Der Handwerkskammer des Saargebietes ist von der Landesbank der Rheinprovinz ein Betrag von 200 000 Mark zur Kreditgewährung an Handwerker im Saargebiet zur Verfügung gestellt worden. Auf Grund dieser Kredite werden an die Handwerker Darlehen bis zum Höchstbetrage von 1000 Reichsmark ausgegeben zu dem gleichen Zinssatz, wie er für Handwerkerkredite im Reiche festgesetzt wurde. Der Zinssatz beträgt zurzeit 9 Prozent. Zurückzuzahlen ist der Kredit bis zum 30. November 1927.

Vom „Bund der Saarvereine".

§ Ueber das deutsche Saargebiet und seine kerndeutsche Bevölkerung, über die Geschichte und die geographischen Verhältnisse, über die wirtschaftliche Bedeutung und über all' das, was sich seit dem Zusammenbruch Deutschlands an der Saar ereignet hat, wie es gekommen ist, daß dieses deutsche Gebiet unter die Fremdherrschaft geraten ist, darüber, was das Volk an der Saar unter dieser Fremdherrschaft die langen Jahre hindurch ausgestanden hat und über seinen vorbildlichen Kampf um die Deutscherhaltung des Saargebietes hielt der Leiter der Geschäftsstelle Saarverein, Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, am Freitag, den 10. Dezember 1926, einen sehr interessanten, eindrucksvollen Vortrag vor der Traditionskompagnie des 8. Rhein. Inf.-Reg. 70, der 1. Anhaltischen Kompagnie des 12. Infanterie-Regiments der Reichswehr in Dessau. Als Zuhörer hatten sich auch Angehörige der 4. Kompagnie und Vertreter des Offizierkorps, an der Spitze Herr Oberstleutnant Schürmann eingefunden.

Der Chef der Traditionskompagnie, Herr Hauptmann Walter, begrüßte zunächst den Redner des Abends, den er herzlich willkommen hieß und dem er aufrichtigen Dank sagte für seine Bereitwilligkeit, den Angehörigen der Traditionskompagnie des 8. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 70 einmal etwas von Land und Leuten an der Saar zu erzählen; gerade die Angehörigen dieser Kompagnie hatte großes Interesse für die ehemalige Garnison des Infanterie-Regiments Nr. 70 in Saarbrücken. Verwaltungsdirektor Vogel dankte für die ihm dargebrachte Begrüßung, indem er es für eine Ehrenpflicht erklärte, an dieser Stelle vor den Angehörigen der Traditionskompagnie des 8. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 70, dem auch er angehört habe, seine Dank auszusprechen, für all' das, was ihm die militärische Erziehung in diesem Regiment auf seinen Lebensweg im Kampfe um das Dasein mitgegeben habe. Er hielt es weiter für sein Pflicht, an dieser Stelle ausdrücklich zu betonen, welch' großen Verlust das deutsche Volk durch die Bestimmung des Versailler Diktats erlitten habe, daß ihm nämlich die allgemeine Wehrpflicht und damit die so überaus wertvolle und bedeutungsvolle militärische Erziehung der deutschen Jugend genommen worden ist. Sodann ging Redner zum eigentlichen Thema über, indem er eingangs darauf hinwies, daß das Diktat von Versailles uns unter Bruch der im Herbst 1918 amtlich und feierlich von dem damaligen Feindbund gegebenen Versprechungen eines wahren und gerechten Friedens aufgezwungen worden sei und zwar aufgezwungen unter Androhung der Fortsetzung des Krieges, sowie der Hungerblockade gegen Frauen, Kinder, Greise, Kranke und Schwache. Das Diktat sei aufgebaut auf der angeblichen deutschen Schuld am Weltkriege. Diese Kriegsschuldlüge sei die Rechtsunterlage, mit der das vernichtende Vorgehen gegen Deutschland seit 1918 vor der Welt und dem Weltgewissen begründet worden sei. Nach eingehender Schilderung der landschaftlichen Schönheiten des Saargebietes und seiner kerndeutschen Geschichte kennzeichnet der Redner die vaterländische Gesinnung des Saarvolkes, indem er näher einging auf das vorbildlich schöne Verhältnis, wie es an der Saar zwischen Militär und der Bevölkerung stets bestanden habe. Er erinnert an die schöne Zeit, die die 7. Ulanen, welche 1870 die Wacht an der Saar gehalten hatten, die 7. Dragoner, die 8. Artillerie und das 8. Rheinische Infanterie-Regiment Nr. 70 in Saarbrücken verlebt hätten. Er ging näher auf das gute Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Militär in Saarbrücken durch lebhafte Schilderungen des feierlichen Empfangs des 8. Rheinischen Infanterie-Reliments Nr. 70 im Jahre 1887, als es zum ersten Male Saarbrücken als Garnison bezogen habe, sowie auf des 50jährigen Regiments-Jubiläum ein. Weiter schilderte er den Abschied von den Truppen der Saarbrücker Garnison am Tage der Mobilmachung und das prächtige Bild des Auszuges des Regiments Nr. 70 mit den ruhmbedeckten Fahnen und der Regimentskapelle, an der Spitze der in der Saarbrücker Bürgerschaft allgemein beliebte Obermusikmeister Siebold, welcher dieser Tage frühzeitig nach schwerem Leiden in Cassel gestorben sei. Auch an sonstige einzelne Episoden aus der Geschichte des Regiments kam er bei seinen Ausführungen über die treudeutsche Gesinnung des Saarvolkes zu sprechen, um dann auseinanderzusetzen, wie es gekommen sei, daß das deutsche Saargebiet dem heutigen Schicksal zugeführt worden ist. Er erläuterte eingehend die bekannte Saarlüge, um damit den Beweis zu liefern, daß Frankreich zu der Fälschung einer Urkunde habe greifen müssen, um die Abtrennung des Saargebietes von Deutschland und seiner Ausantwortung an den französischen Imperialismus zu erreichen. Sodann malte er interessante Bilder von all' dem, was sich im Saargebiet seit dem Einzuge der Franzosen abgespielt habe. Alles sei weiter nichts als die Fortsetzung der Raubpolitik Louis XIV. Sodann ging er näher auf die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse im Saargebiet ein, um mit begeisternden Worten den Kampf zu schildern, den das Saarvolk unter dieser Fremdherrschaft nunmehr seit 8 Jahren auszustehen habe. Die schwere Not und die harte Bedrängnis des Saarlandes können dem deutschen Volke gar nicht laut und oft genug gepredigt werden. Mit einer Zähigkeit und einem Bekennermut, die zu den schönsten Beispielen der Geschichte gehören, habe das Saarland trotz aller Bedrückungen und Versprechungen die Hinwendung zu Frankreich grundsätzlich abgelehnt und nicht einmal, sondern mehr als tausend Mal bei allen Gelegenheiten, die sich geboten hätten, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht: „Das Saarland war deutsch, ist deutsch und wird deutsch bleiben." — Im Anschlusse an die mehr als einstündigen Ausführungen führte der Redner dann noch etwa 80 Lichtbilder vor, um zunächst das Saargebiet in der künstlichen Abtrennung nach dem Versailler Vertrag zu zeigen, und um wunderbare und interessante Bilder aus Stadt und Land vorzuführen. Es folgten dann wohlgelungene Bilder vom Steinkohlenbergbau, von der Eisen-, Glas- usw. Industrie des Saargebiets, unter denen sich auch verschiedene unter Tag gemachte Aufnahmen sowie Bilder aus dem Betrieb der Eisen- und Stahlwerke von Gebr. Röchling in Völklingen/Saar und andere befanden. An Hand dieser Bilder wurde nachgewiesen, daß der Lebensnerv des Saargebietes die Steinkohle sei, die in vielen Flözen zwischen anderen Steinschichten vorkomme. Neben dem Saarbergbau haben auch die Eisen- und Stahlindustrie sowie viele andere Industrien eine gute Entwicklung angenommen. Schließlich wurden einige Bilder aus der Geschichte des Saargebiets gebracht, durch die ebenfalls einwandfrei nachgewiesen werden soll, daß, solange die Geschichte des Saargebiets und die Geschichte Preußens besteht, daß Saargebiet gut preußisch und der pfälzische Teil gut bayerisch gewesen ist. Den Schluß des Lichtbildervortrages bildeten 20 ebenfalls wohlgelungene Aufnahmen von der Jahrtausendfeier des Saargebiets, zu welchen der Redner Erläuterungen über die Schikanen gab, die die nur unter dem französischen Einfluß stehende Saar-Regierungskommission angewandt hat, um die Feier zu beeinträchtigen und um sie im Saargebiet überhaupt unmöglich zu machen. Die Feier sei trotz allem großartig verlaufen; kein einziger Zwischenfall habe den reinen Charakter der Kundgebung gestört und die Saarbevölkerung habe es laut in die Welt gerufen, daß die Jahrtausendfeier, die als eine besonders hehre Feier von der gesamten Bevölkerung des Saargebiets begangen worden ist, der feierliche Abstimmungstag für das Saarvolk sei, in der es der ganzen Welt kundgetan habe, für wen sein Herz schlage und wohin sein Herz gehöre: „Für und zu Deutschland! Herr Oberstleutnant Schürmann dankte am Schlusse mit tiefbewegten Worten dem Vortragenden für seine treudeutschen Ausführungen, die ganz gewiß alle bis ins innerste gerührt hätten und die besonders den jungen Soldaten, die diese vaterländischen Worte vernommen hätten, eine Mahnung auf den Lebensweg geben müßten, um treu zu stehen zu unserem geliebten Vaterlande!

§ **Saarverein Ortsgruppe Köln E. V.** Am Mittwoch, dem 1. Dezember 1926 fand in unserem Vereinslokal, Rudolfsaal, Hahnenstraße 36, die letzte diesjährige Monatsversammlung statt. Der Besuch war zufriedenstellend. Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Gründung einer Sterbekasse. Als Grundstock für dieselbe stehen 1300 Reichsmark zur Verfügung. Die Gründung der Sterbekasse haben wir ganz besonders unserem unermüdlichen 1. Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister John, und ebenfalls unserem unermüdlichen 1. Vorsitzenden, Herrn Bergrevier-Sekretär Baumüller, zu verdanken. Die von der Versammlung genehmigten Satzungen werden jedem Mitglied demnächst zugesandt. Nebenbei sei noch bemerkt, daß ein besonderer Beitrag von unseren Mitgliedern für die Sterbekasse nicht erhoben wird. Das Sterbegeld beträgt vorläufig 120 RM. für Mann und Frau. Als Zeitungsberichterstatter wurde Herr Rektor Dietzen gewählt und als Kassenprüfer ebenfalls Herr Dietzen und Herr Kaufmann Looser. Die Weihnachtsfeier für unsere Vereinsangehörigen findet am Freitag, dem 17. Dezember, im Rudolfsaal statt. Gäste sind herzlich willkommen. Herr Pfarrer Rosch aus Andernach wird die Festrede halten. Wegen der Jahresversammlung im Monat Januar ergeht ein besonderes Schreiben.

§ **Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine** kann von ihrem Wirken wiederum Erfreuliches berichten. Auf Grund ihrer Anregung hat die Gemeindeverwaltung Finkenwalde beschlossen, die bei dem Grundstück Langestraße 80 abgehende Querstraße von der Langen Straße mit „Saarstraße" zu bezeichnen. Außerdem hat auch die Stadt Pasewalk eine Straße mit „Saarstraße" neu benannt. Zu diesem Erfolg herzlichen Glückwunsch

§ **Die Ortsgruppe Kassel des Bundes der Saarvereine**, die durch den Heimgang des Herrn Obermusikmeisters a. D. Hans Siebold einen schweren Verlust erlitten hat, hat leider einen weiteren Verlust zu beklagen: Das Mitglied Herr Polizei-

Kriminalsekretär Meurer verschied am 3. d. Mts. plötzlich durch Herzschlag. M. gehörte zu den Braven, die beim Beamtenstreik ausgewiesen wurden. Er gehörte als Soldat von 1902—1910 dem Saarbrücker Ulanen-Regiment Nr. 7 an. Die Ortsgruppe wird ihm über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren.

§ **Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Hamborn.** Die Monatsversammlung der Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine am vergangenen Samstag im Ratskellersaale. Der Vorsitzende, Herr Amtsgerichtsrat Dr. Petry, konnte bei Eröffnung der Versammlung feststellen, daß die Mitgliederzahl und die Teilnahme an den Monatsversammlungen fortgesetzt zunimmt. In seiner einleitenden Rede schilderte er die Verhältnisse in Südtirol, die er auf einer Ferienreise studiert hatte, und verglich sie mit den gegenwärtigen Zuständen im Saargebiet. Zum Schluß teilte er die Vorstandsbeschlüsse bezüglich der nächsten Monatsversammlung mit, welche einmütig gebilligt wurden. Der Kassierer der Ortsgruppe, Herr Kriminalbeamter Kurz, als Kassierer, erinnerte dann in humorvollen Worten an die pünktliche Beitragszahlung, damit die Ortsgruppe auch ihren Verpflichtungen gegenüber der Hauptgeschäftsstelle in Berlin nachkommen könne. Ferner nahm er Bestellungen auf den Saarkalender entgegen. Weitere Bestellungen auf dieses schöne und umfangreiche, mit zahlreichen Heimatbildern ausgestattete Werk können noch bis Ende dieses Monats gemacht werden. Der Preis beträgt 2 Mark. Herr Rauber schilderte dann in längeren Ausführungen die neuesten Ereignisse im Saargebiet auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet und ermahnte zum Schluß seiner Rede, die Ortsgruppe zu stärken zum Schutze unserer geliebten und schönen Heimat. Die Ausführungen fanden reichen Beifall, denn nirgends ist die Heimatliebe stärker zu finden wie bei dem Saargebietler. Mit freudiger Begeisterung stimmte die Versammlung das Saarlied an: Deutsch ist die Saar auf immerdar, deutsch ist unseres Flusses Strand und ewig deutsch mein Heimatland — und wie Sturmesbrausen erscholl der Saarschwur zum Schlusse durch die Hallen des Ratskellers: Ihr Himmel hört, Jung-Saarvolk schwört, laßt es uns in den Himmel schrei'n, wir wollen niemals Knechte sein! Im weiteren Verlauf der Versammlung wechselten Gesangsvorträge, teils in Saarbrücker Mundart und Deklamationen, wobei sich Fräulein Storm als gute Sopransängerin und Herr König als Baritonist besonders auszeichneten. Ebenso fanden die humorvollen Darbietungen des Herrn Caub aus Schmidthorst lebhaften Beifall. Gegen Schluß der Versammlung konnte Herr Dr. Petry feststellen, daß auch diese Versammlung sich den bisherigen würdig anschließen könne. Unter Zurücksetzung aller parteipolitischen Meinungen wollen die im weiten deutschen Vaterlande zerstreuten Saarländer zusammenstehen, um den Heimatbrüdern und -schwestern zu zeigen, daß man ihrer nicht vergißt. Für die liebe Heimat und unser geliebtes Vaterland, das soll unsere Devise sein. — Es ist dringend zu wünschen, daß die Ortsgruppe Hamborn des Bundes der Saarvereine auch von der einheimischen Bevölkerung, den Behörden und den industriellen Werken größte Beachtung findet. Mindestens sollte jeder, der noch etwas Vaterlandsliebe besitzt, die monatlich zweimal erscheinende Monatsschrift des Bundes der Saarvereine „Der Saarfreund", abonnieren (Bezugspreis 50 Pfg. pro Monat). Auch in der städt. Lesehalle und in den Gasthäusern müßte diese Zeitschrift aufliegen.

Bücherbesprechung.

„Studien zur Dialektgeographie des Kreises Saarlouis" heißt ein von Herrn Studienrat Dr. Aloys Lehnert, Dillingen, verfaßtes größeres Werk, das in großem Oktavformat XII und 278 Seiten stark, mit einer Karte im Verlage Fritz Klopp, Bonn am Rhein, erschienen ist. Der Preis beträgt 12 RM. Der erste Teil der Arbeit gibt eine Darstellung der Mundart von Dieffien. Der Verfasser war bemüht, überall altes Sprachgut aufzusuchen und dem Lexikographen reiches Material zu liefern. Auf die Lautlehre folgt eine eingehende Flexionslehre, die in den meisten Arbeiten über Mundarten stiefmütterlich behandelt, wenn nicht ganz außer Acht gelassen worden ist. Nach der Ortsgrammatik kommt im zweiten Teil auch die Dialektgeographie zu ihrem Recht; sie ordnet die Mundart von Dieffler der eines größeren Gebietes, des Kreises Saarlouis, unter. Auf mehrmonatigen Wanderungen ist das Material zusammengetragen worden. Im Südwesten reicht das behandelte Gebiet bis zu dat-das-Linie, die im allgemeinen als Grenze des Mosel- und Rheinfränkischen gilt. Dabei ist überall auf die Mundart des ganzen Saargebiets Rücksicht genommen. Der historisch-erklärende Teil zeigt dann, wie eng die Dialektlinien mit der Geschichte ihrer Heimat verknüpft sind. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Dialekt und Geschichte. Nicht nur dialektische und politische, auch politische und kirchliche Grenzen sind fast immer identisch. Daneben sind hydrographische und vor allem physikalische Grenzen nicht ohne Einfluß auf die Mundart geblieben. Dem Werke ist eine mehrfarbige Sprachenkarte beigegeben.

* * **Das Netz Luzifers.** Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände hat Herrn Dr. Otto Pietsch veranlaßt, einen Roman: „Das Netz Luzifers" zu verfassen. Der Verfasser veranschaulicht in leicht verständlicher, fesselnder Darstellungsart die für den Kriegsausbruch bedeutungsvollen Tatsachen der Vorkriegspolitik, für die ausschließlich einwandfreies Dokumenten- und Memoirenmaterial zugrundeliegt. Im Verlage von Quelle & Meyer, Leipzig, ist in diesen Tagen der Roman in Buchform erschienen. In geschmackvoller Ausstattung kostet das gebundene Exemplar 6 M. Die Herausgabe des Romans in Buchform, die im jetzigen Augenblick als politische Notwendigkeit wohl ihre besondere Berechtigung hat, ist nur dadurch ermöglicht worden, daß der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände sich zur Uebernahme einer größeren Anzahl von Exemplaren bereiterklärte. Der Roman eignet sich als gute und interessante Unterhaltungslektüre ganz besonders als ein Geschenkwerk für den Weihnachtstisch.

□ **Alt-Ottweiler im Bild.** Die Schönheit der lieben Saarheimat den in der Ferne Wohnenden stets vor Augen zu führen, haben einen Saarländer veranlaßt, eine Mappe: **„Alt-Ottweiler im Bild"** herauszugeben. Die Mappe ist aus elegantem Glanzleinenband und enthält 10 Federzeichnungen nebst Titelblatt, der schönen, alten Plätze der Stadt Ottweiler. Die Zeichnungen entstammen der Feder von Erich Flegel, und sind in der „Hofer'schen Druckerei" gedruckt worden. Die Mappe, die sich als vornehmes Weihnachtsgeschenk eignet, kann zum Preise von 12,50 RM. von Erich Flegel, Ottweiler (Saar), In den langen Gärten, bezogen werden.

Dieser Ausgabe des „Saar-Freund" liegt ein Prospekt des Verlages Fritz Klopp G. m. b. H., Bonn am Rhein, bei, durch den den Beziehern des „Saar-Freund" und den Mitgliedern des Bundes der Saarvereine bzw. seiner Ortsgruppen das Werk

„Saarländische Volkskunde"

von Dr. Nikolaus Fox, Saarlouis-Roden, zu einem bedeutend ermäßigten Preis angeboten wird. Wir gestatten uns, auf den Prospekt hinzuweisen und das Werk unseren Beziehern und Mitgliedern zum Bezuge zu empfehlen.

Genfer Vertretung

übernimmt noch für einige deutsche Zeitungen

L. Müller, Schriftsteller, Genève Schweiz

47 Chemin des Sports.

(Geborener Saarländer)

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder" Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 286) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243 — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenversag, Berlin SW. 11.